Punkt.Um

Zeitschrift für verbandliche Jugendarbeit in Hamburg

UN-Agenda 2030

Nachhaltige Perspektiven für Hamburg

3+4/17

HausTicker

Viel bewegt – weiteres im Blick. Daher haben sich aus dem alten LJR-Vorstand **Laura Vanselow, Melissa Kleist, Daniel Knoblich** (im Photo oben v.l.n.r.) und **Anne Dewitz** (im Photo rechts) auf der Vollversammlung am 16. November 2017 erneut zur Wahl gestellt und wurden für ihre zweite Amtszeit von den Delegierten der LJR-Mitgliedsverbände im Vorstand bestätigt. Neu in das Gremium ist **Kevin Otte** (oben 2. v.r.) von der DGB-Jugend gewählt worden. **Mike Hörster** (DGB-Jugend; im Photo unten links) stellte sich nicht erneut zur Wahl und wurde herzlich und mit Dank für sein großes Engagement verabschiedet.

Neues Mitglied. Die **Vereinigung Hamburger Deutsch-Türken** (HDT) ist von der LJR-Vollversammlung als neues Mitglied aufgenommen worden. Auf der Vollversammlung übernahm der HDT-Vorsitzende Erkan Şahin (im Photo unten rechts) symbolisch eine Stimmkarte. Über ihre vielfältigen Aktivitäten berichtet die Deutsch-Türkische Jugend (so nennen sie sich lieber) regelmäßig auf: www.facebook.com/deutschtuerken.hamburg. Lesenswert ist zudem die punktum-Reportage über den noch jungen, erst vor ein paar Jahren gegründeten Verband; zu finden unter: www.ljr-hh.de/index.php?id=1792

Inhalt

Kommentar

3 **Alt gleich neu?!**
Laura Vanselow, LJR-Vorsitzende

Titelthema
UN-Agenda 2030
Nachhaltige Perspektiven für Hamburg

4 **Kann das alles gelingen (was gelingen müsste)?**
Die Ziele der UN-Nachhaltigkeitsagenda 2030

5 **Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen**
Nachhaltige Perspektiven für eine gute Zukunft – auch für Hamburg
Von Jochen Menzel, Zukunftsrat Hamburg

10 **Die »neue« Nachhaltigkeitsstrategie ist nicht nachhaltig**
Stellungnahme des Deutschen Bundesjugendrings zur Position der Bundesregierung

11 **Jugenddelegierte bei der UN-Generalversammlung**
Programm der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen und des Deutschen Nationalkomitees für internationale Jugendarbeit
Von Mio Kuschick, UN-Jugenddelegierter

13 **Jugenddelegierte für Nachhaltige Entwicklung bei der UN**
Programm des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und des Deutschen Bundesjugendrings
Von Michael Scholl, Deutscher Bundesjugendring

Vielfalt! Jugendarbeit

14 **Ein Jugendverband feiert seinen Geburtstag**
Das bunte Festprogramm der Jugendfeuerwehr Hamburg
Von Henrik Strate, Jugendfeuerwehr Hamburg

16 **Die Geschichte der Jugendfeuerwehr in Hamburg**
Von Henrik Strate, Jugendfeuerwehr Hamburg

19 **Der Wahl-O-Mat auf Tour – und was hat's gebracht?**
Von Charlotte Schindler, Landesjugendring Hamburg

20 **Mit sportlichen Grüßen. Ferien am »U« der Ostsee**
Serie WirkungsStätten: Zu Besuch in der Ferienanlage der Hamburger Sportjugend
Von Oliver Trier, Hamburg

Nachrichten

23 **Ja zur bundesweiten Weiterentwicklung der Juleica**
Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendrings votiert einstimmig für eine umfassende Reform der Jugendleiter/innen-Card

Impressum

punktum ist die vierteljährliche Publikation des Landesjugendringes Hamburg e.V. Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors, aber nicht unbedingt die Meinung des Vorstandes wieder.

Redaktion: Jürgen Garbers

Layout und Gestaltung: Rebekka Posselt

Fotos: (soweit nicht namentlich angegeben) Jürgen Garbers (LJR).

V.i.S.d.P.: Laura Vanselow c/o LJR, Güntherstraße 34, 22087 Hamburg. Preis im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Verlag: Landesjugendring Hamburg e.V.; Güntherstr. 34, 22087 Hamburg; Tel.: (040) 31 79 61 14; Fax: (040) 31 79 61 80; info@ljr-hh.de; www.ljr-hh.de.

Auflage: 2.300 Exemplare

punktum wird gefördert mit Mitteln der Freien und Hansestadt Hamburg, Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration.

Druck: Nehr & Co. GmbH, Antonie-Möbis-Weg 3, 22523 Hamburg; gedruckt auf umweltfreundlichem Papier.

Kommentar

Aus alt mach' neu?!

Alt gleich neu?! Ja und nein – und das ist gut so. Wer sich das Gruppenbild (s. S. 2) des frischgewählten LJR-Vorstandes anschaut, entdeckt nicht viel Neues. Vier der fünf Gesichter dürften bekannt sein. Ich freue mich sehr, dass mit Anne Dewitz, Melissa Kleist und Daniel Knoblich sich noch drei weitere mit mir entschlossen haben, erneut als Vorsitzende anzutreten. Genauso freue ich mich über das neue Gesicht in unserem Gruppenbild: Kevin Otte (DGB-Jugend), der neu in den Vorstand gewählt wurde.

Für eine gute Vorstandsarbeit sind frische Menschen mit neuen Ansichten und Herangehensweisen ebenso wichtig wie ein gewisses Maß an Beständigkeit. Als seinerzeit gänzlich neuer Vorstand brauchten wir Zeit, um uns zurechtzufinden. Wir haben gerungen, uns ein um das andere Mal missverstanden, waren am Verzweifeln – und kamen nach und nach immer besser ins gemeinsame Arbeiten, ins produktive Diskutieren und auch mal zum Bierchen trinken. Ebenso ist unsere Beziehung zu politischen und behördlichen Vertreter/innen gewachsen. Anfänglich standen nach Treffen nicht selten die Fragen im Raum: Konnten wir unseren Punkt deutlich machen? Sehen unsere Gesprächspartner das genauso wie wir? Hat man uns zugesagt, etwas Konkretes zu unternehmen, oder doch nur Verständnis und Sympathie bekundet? Das haben die vergangenen anderthalb Jahre Vorstandsarbeit auf jeden Fall gebracht: ein gut funktionierenden Vorstandsteam.

Was habt ihr erreicht – wo wollt ihr hin? Hörte man sich die Pläne für die kommende Vorstandsperiode der zu wählenden Kandidaten/innen während der Vorstellung auf der Vollversammlung (VV) an, dann traf man auf bekannte Themen: Mehr Mittel für die Jugendverbandsarbeit, Engagementförderung – School-Life-Balance und Bürokratieabbau. Diese drei Meilensteine geben für die nächsten zwei Jahre die grundsätzliche Marschrichtung vor.

Schön ist, dass wir in jedem der drei Bereiche nicht bei null anfangen, sondern auf der Arbeit der letzten Jahre aufbauen können. In Bezug auf den VV-Beschluss »**Mehr Mittel für die Jugendverbandsarbeit**« ist es uns durch viele Gespräche gelungen, Politik und Behörden nicht nur von der Dringlichkeit des Themas zu überzeugen, sondern auch einen diesbezüglichen Konsens in den Fraktionen der Hamburger Bürgerschaft (abgesehen von der AFD – mit der wir nicht sprachen) herzustellen. Nun zählt es, nicht locker zu lassen, so dass aus dieser prinzipiellen Sympathie im kommenden Haushalt 20/21 der Stadt eine konkrete Mittelsteigerung für die Arbeit der Hamburger Jugendverbände wird. Ein kleiner Teilerfolg in diesem Bereich stellt auch die Nachbesetzung offener Stellen in der BASFI dar.

Ähnlich ist die Lage beim VV-Beschluss zu »**Engagementförderung und School-Life-Balance**«: Der Wert jugendverbandlicher Arbeit für junge Menschen und die Notwendigkeit, dafür zeitliche Freiräume und Anerkennung in der Schule zu schaffen, erfahren bei den schul- oder jugendpolitischen Sprechern der demokratischen Parteien inhaltlich keinen Widerspruch. Was jedoch noch aussteht, ist der Weg zur konkreten Umsetzung. Ein wichtiger Schritt dahin kam vom Schulsenator Thies Rabe mit dem Vorschlag, eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertreter/innen der Behörde und des Landesjugendrings, einzusetzen. Die Agenda steht. Wir harren nun dem Startsignal aus der Schulbehörde. Sobald diese Arbeitsgruppe ihre Arbeit aufnimmt, gehe ich davon aus, dass Landesjugendring und Schulbehörde gemeinsam Wege erarbeiten und praktikabel machen, wie ein außerschulisches, ehrenamtliches Engagement sowie die Teilnahme an den Angeboten der Hamburger Jugendverbände – neben der richtigen und wichtigen Möglichkeit der ganztäglichen Betreuung an Schulen – auch in Zukunft gesichert werden können. Bis es los geht, heißt es für uns noch Informationen sammeln: Wie sieht es eigentlich aus mit der Dienstanweisung beziehungsweise Richtlinie in Bezug auf die Verteilung der schriftlichen Lernerfolgskontrollen sowie zur Begrenzung der Hausaufgaben, die 2014 aus der Schulbehörde an die Hamburger Schulen erging? Wird das kontrolliert und evaluiert? Wie sieht es aus mit dem freien Nachmittag an den Ganztagsschulen: Welchen Tag hat welche Schule gewählt? Diese und weitere Informationen sind notwendig, um konstruktiv und innovativ mit unseren Forderungen im anstehenden Arbeitskreis umzugehen.

Das dritte Thema, das wir aus der letzten Amtszeit mitnehmen, ist die Bestrebung, die Verwendungsnachweise von Mitteln aus dem Landesförderplan für Jugendverbände zu vereinfachen, sowie den Landesförderplan bedarfsgerecht anzupassen. Das ist ein Prozess, der von der BASFI angestoßen wurde. Ein Treffen mit Interessierten aus den Hamburger Jugendverbänden ergab vielfältige Anliegen. Im Sommer dieses Jahres schloss die BASFI dieses Projekt mit vier Änderungsvorschlägen für den Landesförderplan zunächst ab. Diese Änderungsvorschläge wurden auf der vorletzten Vollversammlung diskutiert und kommentiert. So halten wir z.B. die Anpassung in der Nachweispflicht für Teilnehmer/innen von Kinder- und Jugendfreizeiten für einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung, zumal der Aufwand der Verbände bei der Mitnahme von Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien verringert wurde. Doch beim Thema **Bürokratieabbau** gibt es noch mehr zu tun. Viele Nachweispflichten erschweren die Jugendverbandsarbeit unnötig. Daher hat die vorletzte Vollversammlung die Einsetzung eines Arbeitskreises beschlossen, um die Sorgen und Verbesserungsvorschläge aus den Hamburger Jugendverbänden zu diesem Thema aufzugreifen und zu gemeinsamen Positionen zu bündeln. Als dafür zuständiges Vorstandsmitglied freue ich mich auf die Begleitung eines produktiven Kreises und bin sehr gespannt, wohin dieser uns – dann hoffentlich mit frischem Geist im nächsten Jahr – führen wird.

Und dann noch. Möglicherweise wird ein vierter, größerer Punkt den Landesjugendring in den nächsten zwei Jahren beschäftigen. Die Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt ist in unserer Gesellschaft noch immer ein strittiges Thema. Und deshalb ist es wichtig, dass der LJR hier mit einem Projekt vorangeht. Dieses soll im nächsten Jahr beantragt werden, sobald sich der nächste Bewerbungszeitraum für die Bundesmittel öffnet.

Mit Freude verabschieden wir uns zunächst vom Thema der LJR-Satzung, nachdem auf der letzten Vollversammlung ein Satzungsänderungsvorschlag des Vorstandes angenommen wurde. Anderen beendeten Projekten aus den letzten eineinhalb Jahren schauen wir wehmütiger hinterher. Viel Freude hat es uns beispielsweise gemacht, die Interaktion zwischen jungen Menschen aus den Jugendverbänden und Hamburger Politikern während der Abschlussveranstaltung des Projektes »ich mache>Politik« zu sehen. Auch die positiven Rückmeldungen aus dem Projekt »Wahl-O-Maten zum Aufkleben« machen Lust auf mehr bildungspolitische Arbeit mit jungen Menschen.

Was uns nach eineinhalb Jahren weiterhin am Herzen liegt, ist das gegenseitige Kennenlernen und der Austausch der Jugendverbände untereinander. Und was wäre dafür besser als ein großes Sommerfest – nicht nur für die VV-Delegierten?

Ich denke, es wird klar: An Ideen und Lust mangelt es uns nicht – eher an den dafür notwendigen Ressourcen. Ich freue mich auf die nächsten zwei Jahre und hoffe als Teil dieses tollen Vorstandsteams, die Hamburger Jugendverbandsarbeit und ihre demokratiebildende Tätigkeit weiter stärken zu können.

Laura Vanselow, LJR-Vorsitzende

Kann das alles gelingen (was gelingen müsste)?

Die Ziele der UN-Nachhaltigkeitsagenda 2030

Die Versprechen der 193 Nationen auf der 70. Generalversammlung der Vereinten Nationen sind höchst ambitioniert: »Wir sind entschlossen, die Menschheit von der Tyrannei der Armut und der Not zu befreien und unseren Planeten zu heilen und zu schützen. Wir sind entschlossen, die kühnen und transformativen Schritte zu unternehmen, die dringend notwendig sind, um die Welt auf den Pfad der Nachhaltigkeit und der Widerstandsfähigkeit zu bringen. Wir versprechen, auf dieser gemeinsamen Reise, die wir heute antreten, niemanden zurückzulassen.« (s. Präambel der Agenda 2030 auf S. 9)

Bemerkenswerte Ziele – doch auf welchen Beinen steht diese Agenda? Die Nationen, zumal die sie repräsentierenden Regierenden (die dieses große Wir der Vereinten Nationen bilden) wissen, dass die UN als Organisation keine Sanktionsgewalt gegenüber ihren Mitgliedern innehält. Das ist der Makel aller UN-Resolutionen. Wer also aus dem Programm der Agenda 2030 ausschert, braucht sich um unmittelbare politische Konsequenzen nicht zu sorgen. Zudem lassen die Lage vieler Nationen, sei es durch Bürgerkrieg, Terror oder Staatszerfall, und der mangelnde realpolitische Wille »reicher« Länder zum radikalen Umsteuern die Sorge wachsen, dass der Agenda 2030 mehr wird als zuletzt bei den hochgesteckten Millenniumszielen der UN. Sie waren krachend gescheitert und wurden von den nun sogenannten Sustainable Development Goals abgelöst.

Gleichwohl – und allen Widersprüchen zum Trotz: Die Ziele der UN-Agenda 2030 benennen das Minimum dessen, was gemacht werden müsste, um zumindest das gröbste Unheil aus der Welt zu schaffen. Was jedoch die Autoren der Agenda mit »Wir sind entschieden« oder »Wir versprechen« beschwören, ist eine Leerstelle. Dieses Wir gibt es nicht. Das Subjekt dieser notwendigen Transformation der bestehenden Welt in eine bessere ist erst noch zu finden. Und zwar durch eine Kritik an jenen Verhältnissen, welche die Menschen dazu verhalten, ökologisch kurzsichtig und wirtschaftlich auf Profitmaximierung reduziert zu agieren. (jg)

Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen

Nachhaltige Perspektiven für eine gute Zukunft – auch für Hamburg

Jochen Menzel, Zukunftsrat Hamburg

Das Bonmot »Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen« (Helmut Schmidt) findet seine Fortsetzung in der sachorientierten Maxime »ordentlich Regieren« von Bürgermeister Olaf Scholz: Probleme in der Stadt werden erkannt und konsequent angepackt.
Global und langfristig gesehen plagen die Menschheit allerdings Probleme ganz anderer Dimension: Armut, Hunger, Krankheiten, Diskriminierung, Ungleichheit; Klimawandel, Ressourcen-Erschöpfung, Artenschwund, Süßwasserkrisen … Kriege und Terror. Ist Deutschland dagegen weitgehend eine Insel der Seligen, Hamburg – trotz aller Schwierigkeiten – doch eine Oase?

1. Der Traum von einer besseren Welt
1992 hatten sich die Vereinten Nationen auf der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro eine »Agenda 21« für dieses Jahrhundert gegeben. Kernbegriff war erstmals die »nachhaltige Entwicklung«. Mit der Millenniumserklärung von 2000 beschloss die UNO dann acht konkrete Ziele zur Bekämpfung von Armut, Hunger, Gesundheitsrisiken und für mehr Bildung, Umweltschutz und Entwicklungszusammenarbeit. Diese Ziele sollten bis 2015 erreicht werden. Vieles blieb jedoch unvollendet.
Im September 2015 verlängerte, verbreiterte und vertiefte die UN-Generalversammlung die Millenniumsziele in einer voluminösen Erklärung »Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung«. In 17 Zielkomplexen mit 170 Unterzielen – den »sustainable development goals (SDGs)« – werden Industrie- wie Entwicklungsländer gleichermaßen für eine menschenwürdige, bessere Zukunft in die Pflicht genommen. »Wir lassen niemanden zurück«. Eine wahrhaft globale Vision mit ebenso viel Pathos wie detaillierten und zum Teil quantifizierten Forderungen, eine ehrgeizige Selbstbindung der Unterzeichnerstaaten.
Angesichts der großen Konflikte in der Welt, der unterschiedlichen Staatsformen der Mitgliedsländer und der großen Entwicklungsunterschiede zwischen ihnen ist es eine Sensation, dass sich alle auf dieselben Nachhaltigkeitsziele einigen konnten. Das hatte allerdings einen Preis: Zum einen ist die Agenda 2030 kein verbindlicher völkerrechtlicher Vertrag, die Umsetzung der Ziele kann nicht eingeklagt werden, Sanktionen sind nicht vorgesehen. Zum anderen bleiben viele grundsätzliche Prämissen der Nachhaltigkeitsziele ungeklärt: Ist das vorherrschende Wirtschaftssystem – Markt, Konkurrenz, Freihandel – mit einer nachhaltigen Entwicklung und einer Abschaffung der Ungleichheiten kompatibel? Ist das ungebrochene Wachstumsparadigma mit globalem Ressourcen-, Boden-, Gewässer- und Klimaschutz vereinbar? Kann eine nachhaltige Entwicklung durch autoritäre Regime erreicht werden, oder gehören zur Nachhaltigkeit auch Demokratie und Menschenrechte? Viele offene Fragen …

2. Die Tagesordnung bis 2030
Die 17 Zielkomplexe lassen kaum ein politisches Handlungsfeld aus. Sie gründen auf der Nachhaltigkeits-Idee der Agenda 21 von Rio, greifen die Millenniumsziele auf, verweisen auf die Pariser Klimabeschlüsse von 2015 und andere internationale Übereinkommen und integrieren erstmals die Querschnittsthemen Ungleichheit und »Inklusion« (verstanden als Berücksichtigung / Beteiligung aller Betroffenen). Bildlich werden die Oberziele in bunten Kacheln mit Nummer, Titel und Symbol zusammengefasst:

Der Autor

Dr. Jochen Menzel ist Jurist und ehrenamtlicher Sprecher des Zukunftsrates Hamburg, der sich seit 1996 für eine nachhaltige Entwicklung in Hamburg einsetzt.

Der Zukunftsrat Hamburg

Das Netzwerk für nachhaltige Entwicklung

Der Zukunftsrat Hamburg ist ein öffentliches Forum von und für inzwischen mehr als hundert Mitgliedern. Das sind Institutionen, Verbände, Unternehmen und Initiativen, die im Sinne einer Lokalen Agenda 21 für ein zukunftsfähiges Hamburg arbeiten wollen.
Warum braucht es uns?

Globale Ungleichgewichte
Die Welt wird von krisenhaften Ungleichgewichten gekennzeichnet, die insbesondere in wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Problemen zum Ausdruck kommen.
Die Orientierung an Zukunftsfähigkeit bzw. der Idee Nachhaltigkeit erfordert Ziele, mit denen ökologische, wirtschaftliche und soziale Belange gleichzeitig und gleichwertig angestrebt werden. Das bedeutet eine grundsätzlich andere Ausrichtung der Steuerungsinstrumente und -logiken von Politik, Wirtschaft und sozialen Sicherungssystemen.

Vom Globalen zum Lokalen und zurück
Und dies auf allen Ebenen: International, europäisch, national, regional und lokal. Der Zukunftsrat Hamburg hat die Stadt Hamburg im Fokus und handelt aber im Bewusstsein, dass Hamburg keine Insel ist, sondern eingebettet in die genannten Ebenen. Wir erinnern die Stadt daran, dass die Unterzeichnung der Charta von Aalborg 1996 durch die Stadt Hamburg kein leeres Lippenbekenntnis sein darf, sondern das Versprechen »guter Regierungsführung« im Sinne künftiger Generationen beinhaltet.

Gemeinsam Zukunft gestalten
Zunehmend mehr Menschen ist deutlich geworden, dass bisherige Lebens-, Konsum- und Denkweisen nicht einfach in die Zukunft fortgeschrieben werden können, ohne die Existenzgrundlagen kommender Generationen zu gefährden.
Gleichzeitig ist jedoch das Vertrauen oft gering, die Politik oder Interessenverbände oder die Wirtschaft allein könnten für Abhilfe der Probleme sorgen. Daher sind Forderungen nach und die Bereitschaft zu mehr Eigeninitiative und Bürgerbeteiligung laut geworden.

Der Zukunftsrat Hamburg bietet ein Forum für Diskussion, gegenseitige Information und Horizonterweiterung sowie für Partizipation an politischen Willensbildungsprozessen durch Lobbying.

Info: www.zukunftsrat.de

1. Beendigung der Armut »in allen ihren Formen«
2. Bekämpfung von Hunger, Förderung guter Ernährung und nachhaltiger Landwirtschaft
3. Förderung eines gesunden Lebens und Wohlergehens in jedem Alter
4. Gewährleistung einer hochwertigen, inklusiven und gleichberechtigten Bildung
5. Sicherung von Geschlechtergleichstellung und Selbstbestimmung aller Frauen und Mädchen
6. Gewährleistung von Süßwasser-Verfügbarkeit und Sanitärversorgung
7. Sicherung des Zugangs zu bezahlbarer, verlässlicher und nachhaltiger Energie
8. Förderung von nachhaltigem Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und guter Arbeit
9. Aufbau einer stabilen Infrastruktur, nachhaltigen Industrialisierung und Innovation
10. Verringerung von Ungleichheit in und zwischen Ländern
11. Gestaltung einer inklusiven, sicheren Stadt- und Siedlungsentwicklung
12. Sicherstellung von nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern
13. Umgehendes Ergreifen von Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und der Folgen
14. Erhaltung und nachhaltige Nutzung von Meeren und Meeresressourcen
15. Beendigung des Artenschwundes und Schutz von Wald- und Landökosystemen und Böden
16. Förderung von friedlichen, inklusiven und rechtsstaatlichen Gesellschaften
17. Stärkung der Umsetzungsinstrumente und Revitalisierung der Globalen Partnerschaft

Sehr unterschiedlich ist der Konkretisierungsgrad der Zielvorgaben: Die 17 (Ober-)Ziele sind eher Themen und Überschriften. Die konkretisierenden 170 Unterziele bleiben zum Teil ebenfalls allgemein, gehen aber teilweise auch ins Detail und fordern partiell sogar die Erreichung quantifizierter Zielwerte oder Minderungs- bzw. Steigerungsquoten. Sie richten sich zumeist an alle Länder, also auch an Deutschland, zum Teil sind sie als Aufgabe der Industrieländer zugunsten der »Entwicklungsländer« formuliert.

Dabei stellen die Vorgaben nicht auf die Ausgangssituation und die schon erreichten Fortschritte im jeweiligen Land ab. Die einzelnen Staaten und Regionen empfinden ihre »Betroffenheit« durch die vielen Ziele und Unterziele der Agenda 2030 sehr unterschiedlich. Dies beeinflusst auch die Bereitschaft, scheinbar weniger »einschlägige« oder bislang kaum diskutierte Ziele zu erfüllen. In Bereichen jedoch, wo es um das globale Ausmaß der Defizite insgesamt geht – z. B. beim Klima-, beim Ressourcen- und beim Artenschutz –, spielt einerseits auch die eigene Mitverursachung und andererseits das wirtschaftliche Vermögen jedes Staates eine Rolle. Hinsichtlich anderer – vornehmlich sozialer – Ziele, die keine globale Wirkung haben, gilt: Die Agenda 2030 fordert von allen Unterzeichnerstaaten Anstrengungen, »niemanden zurückzulassen«. Durchschnittswerte und positive Statistiken erfüllen diese Forderung noch nicht.

Dennoch erscheint es legitim, dass die Länder und Regionen dort Schwerpunkte setzen, wo sie etwa weit hinter einem Ziel zurückliegen und/oder wo das Kosten-Nutzen-Verhältnis für eine Zielerreichung besonders günstig ist. Dazu fehlt es allerdings häufig schon an aussagekräftigen Indikatoren und Daten zur Bestimmung der eigenen Position. Hier Abhilfe zu schaffen, gehört ebenfalls zum Auftrag der Agenda 2030. Eine erste Indikatoren-Liste zu den Zielen der Agenda legte der Wirtschafts- und Sozialrat der UN Anfang 2016 vor.

Die Bundesregierung hat ihre nationale Nachhaltigkeitsstrategie von 2002 im Jahr 2016 überarbeitet und sie nun ausdrücklich an den Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 orientiert und erweitert.

3. Jugendpolitische Nachhaltigkeitsziele

In 24 Unterzielen erwähnt die Agenda 2030 ausdrücklich Kinder, Jugendliche oder »junge Menschen« – so etwa bei der Armuts- und Hungerbekämpfung, bei der Gesundheit und Kindersterblichkeit sowie bei einem Dutzend Bildungsziele. Gefordert wird aber auch, »Missbrauch und Ausbeutung von Kindern, den Kinderhandel, Folter und alle Formen der Gewalt gegen Kinder (zu) beenden« (Ziel 16.2).

Speziell Mädchen stehen im Focus bei der Geschlechtergleichstellung, dem Schutz vor Gewalt, Zwangsheirat und Genitalverstümmelung (Ziel

Die Agenda 2030 in Hamburg

Der Hamburger Senat hat die Bürgerschaft im Juni 2017 mit einem 36-seitigen Papier über die »Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen in Hamburg« informiert (Bürgerschaftsdrucksache 21/9700). Die Drucksache kann hier heruntergeladen werden: www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/58508/umsetzung-der-nachhaltigkeitsziele-der-vereinten-nationen-in-hamburg.pdf
Weitere Infos: www.hamburg.de/agenda2030/

Auf der Ebene der Zivilgesellschaft ist die Agenda 2030 u.a. Thema auf der Infoplattform www.2030hamburg.de und beim Zukunftsrat Hamburg (s. Kasten auf S. 5)

5.1 – 5.3). Aber auch bei den beschäftigungs- und ausbildungspolitischen Zielen werden die »jungen Menschen« besonders hervorgehoben. So soll sich schon bis 2020 der »Anteil junger Menschen, die ohne Beschäftigung sind und keine Schul- oder Berufsausbildung durchlaufen, erheblich verringern«. Interessant ist schließlich, dass im Rahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung (Ziel 11) sowohl beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs, bei der Sicherheit im Straßenverkehr und beim Zugang zu Grünflächen und öffentlichen Räumen ein besonderes Augenmerk auf Kinder zu richten ist.
Indirekt haben die Registrierung der Geburten und auch der Aufbau von »leistungsfähigen, rechenschaftspflichtigen und transparenten Institutionen auf allen Ebenen« (Ziel 16.6) einen Bezug zur Jugendschutz- und -förderpolitik.

4. Die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele in Hamburg

Nach der Verabschiedung der Agenda 2030 bemühten sich in Hamburg zunächst die Bundesregierung, die Universität und einzelne Nichtregierungsorganisationen (NGO) um eine Verbreitung und Debatte der UN-Nachhaltigkeitsziele. Die vierte und letzte »Dialogkonferenz« der Bundesregierung mit einem Bundesland zur Agenda 2030 fand im Februar 2016 in Hamburg statt. Sie traf Senat und Behörden auf dem falschen Fuß, die UN-Nachhaltigkeitsziele waren hier noch weiße Flecken auf der politischen Landkarte. Die Universität und einzelne NGO starteten im Frühjahr 2016 eine Ringvorlesung zum Thema, Informationsveranstaltungen wurden organisiert. Im November 2016 fanden zwölf NGO sehr unterschiedlicher Herkunft und Richtung zu einem »Ratschlag« zusammen: »Die Zukunft, die wir wollen – das Hamburg, das wir brauchen«. Im Dezember veröffentlichte der Zukunftsrat Hamburg ein 20-Seiten-Papier »Hamburg und die Nachhaltigkeitsziele der UN von 2015« mit Umsetzungsvorschlägen. In einem weiteren Ratschlag im April 2017 formulierten die 12 zivilgesellschaftlichen Initiativen 26 Forderungen zu fünf Themenbereichen der Agenda 2030 und übergaben sie später im Rathaus dem Umweltsenator. Im November 2017 sollen die Forderungen mit Vertretern von Politik und Verwaltung öffentlich debattiert werden.
Inzwischen hatten die UN-Nachhaltigkeitsziele aber auch das amtliche Hamburg erreicht: Nachdem bekannt wurde, dass die Agenda 2030 auch auf dem G20-Gipfel in der Hansestadt eine Rolle spielen sollte, beauftragten die Staatsräte die Umweltbehörde, eine Regierungsvorlage (Senatsdrucksache) zur Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele vorzubereiten. In großer Eile organisierte die Behörde dafür eine interbehördliche Arbeitsgruppe und mehrere Workshops mit Vertreter/innen aus anderen Behörden und NGO. Diese diskutierten im November und Dezember 2016 die Themen »Prozess und Partizipation«, »Umwelt und Stadt«, »nachhaltige Wirtschafts- und Finanzpolitik«, »Teilhabe und sozialer Zusammenhalt« sowie »Bildung und Wissenschaft« und deckten damit theoretisch die meisten Bereiche der Agenda 2030 ab.
Allerdings diskutierten die gemischten Arbeitsgruppen nicht entlang der Nachhaltigkeitsziele und Zielvorgaben der Agenda, sondern nach einem von der Behördenseite vorgegebenen Katalog von Unterthemen, die in der Stadt bereits besprochen und/oder Gegenstand des Regierungsprogramms der rot-grünen Koalition waren. Diese Herangehensweise war pragmatisch und »holte« die Beteiligten – insbesondere die Verwaltungsvertreter/innen – dort »ab«, wo sie sich in ihrem Arbeitsumfeld befanden.
Diese Methode barg jedoch die Gefahr, den langfristigen Transformationsbedarf der Welt insgesamt aus den Augen zu verlieren. Zumindest ergänzend wäre deswegen ein »Backcasting« erforderlich gewesen: Ausgehend von den als globale Zukunftsvision für 2030 beschlossenen Nachhaltigkeitszielen hätte »zurück« gedacht und diskutiert werden müssen, welche Maßnahmen und Schritte schon heute und in den folgenden Jahren erforderlich sind, um diese Ziele 2030 zu erreichen.
Kurz vor dem G20-Gipfel war die Regierungsvorlage fertig, und am 4.7.2017 erließ der Senat eine entsprechende Mitteilung an die Bürgerschaft: »Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen in Hamburg« (Bürgerschaftsdrucksache 21/9700). Der Hauptteil der Drucksache nimmt die Themenkomplexe der Workshops wieder auf und präsentiert zunächst eine Liste der jeweils betroffenen Nachhaltigkeitsziele mit Nummer und Titel. Dann folgt eine lange Aufzählung der vielen, aus allen Behörden zusammengetragenen Projekte aus dem Regierungsprogramm. Diese Vorhaben werden bereits aktuell – zum Teil seit Jahren – realisiert oder sind »in der Pipeline«. Nun aber konnte man sie auch gut unter die Nachhaltigkeitsziele subsumieren. Es wird sogar von Projekten berichtet, für die ein UN-Nachhaltigkeitsziel völlig fehlt. Der Zeithorizont ist damit faktisch die Legislaturperiode, also die drei verbleibenden Jahre bis 2020, nicht jedoch die kommenden 13 Jahre der Agenda 2030. Ein Backcasting findet nicht statt.
Andererseits enthält die Senatsentscheidung Vorgaben für das weitere Verfahren: Bis Ende 2017 soll es eine Koordinationsstelle in der federführenden Umweltbehörde, ein begleitendes Gremium der Zivilgesellschaft, neue Partizipationsformate und ein Mobilitäts-Labor geben. Bis Ende 2018 sind ein neues Instrument »Die Stadt leitet Transformationen ein«, ein Monitoringsystem mit Zielen, Indikatoren und Berichterstattung sowie eine »Checkliste Nachhaltigkeit« geplant. Zusätzliche Finanzmittel und Personalstellen für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie erwähnt die Mitteilung des Senats nicht.
Die Bürgerschaft nahm die Information des Senats im September 2017 zur Kenntnis und verwies sie an sieben verschiedene Ausschüsse, federführend an den Umweltausschuss.
Zur Bildung des begleitenden zivilgesellschaftlichen Gremiums nahm die Umweltbehörde Ende September erste Kontakte mit NGO-Vertreter/innen auf.
Die Hamburger Nichtregierungsorganisationen verstehen die UN-Nachhaltigkeitsziele sicher auch als Chance, ihre eigenen Vorstellungen von einer zukunftsgerichteten, besseren Politik zu legitimieren und leichter durchzusetzen. Die Behörden dagegen nehmen die Nachhaltigkeitsziele zunächst einmal eher als zuständigkeitsfremd bzw. als ungeliebte zusätzliche Arbeitsbelastung wahr. Die Umweltbehörde wird es schwer haben, die anderen Fachbehörden und Bezirksverwaltungen zu neuen Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Ziele zu

Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen

- Der komplette Wortlaut der Agenda: www.un.org/depts/german/gv-70/a70-l1.pdf
- Informationen der Bundesregierung: www.bmz.de/de/ministerium/ziele/2030_agenda/17_ziele/index.html
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen:www.dgvn.de/meldung/deutschland-und-die-agenda-2030/
- Kritik an der Agenda 2030: Daniel Dückers (German Institute of Global and Area Studies), Die Agenda 2030: Weniger als das Nötigste; nachzulesen unter: www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_global_1703.pdf

bewegen. Ohne neues engagiertes Fachpersonal werden sich die Nachhaltigkeitsziele – wenn man sie ernst nimmt und nicht nur als neue Etikette missbraucht – in der Stadt kaum umsetzen lassen.

5. Die UN-Nachhaltigkeitsziele fordern Hamburg heraus

Hamburg hat – neben vielen Fortschritten – eine ganze Reihe von Problemen, die auch die Nachhaltigkeitsvision der UN konkret anspricht, die aber in der Senatsmitteilung keinen Niederschlag gefunden haben. Einige Beispiele mögen das verdeutlichen:

• Ziel 1: Armut beenden

In Ziel 1.2 werden die Unterzeichnerstaaten aufgefordert, den »Anteil der Männer, Frauen und Kinder jeden Alters, die in Armut in all ihren Dimensionen nach der jeweiligen nationalen Definition leben, mindestens um die Hälfte (zu) senken«. Auch Hamburg hat ein Armutsproblem. Die im September 2017 veröffentlichte Studie »Soziale Ungleichheit im Wohlstand« ermittelte für Hamburg eine »Armutsgefährdungsquote« (= unter 60% des Einkommensmedians) von 15,7%. Ähnliches hatte der Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes bereits 2016 festgestellt. Damit haben 285.000 Hamburger/innen weniger als 969 € monatlich zur Verfügung. Kinder und Jugendliche gehören mit 21 % zu den besonders gefährdeten Personengruppen.
Gerade weil sich die Agenda 2030 auf die jeweilige nationale Armutsdefinition bezieht, besteht zu Ziel 1 auch in Hamburg Handlungsbedarf. Zwar ist die Sozialgesetzgebung weitgehend Sache des Bundes. Dennoch kann und sollte Hamburg für die geforderte Halbierung (!) der Armutsquote ergänzende Maßnahmen ergreifen, die den Zugang armer Menschen zu ausreichend bezahlter Arbeit und zur öffentlichen Daseinsvorsorge – z. B. zum öffentlichen Nahverkehr, zur Bildung und zu (Sozial-)Wohnungen – deutlich erleichtern.

• Ziel 3: Gesundes Leben gewährleisten

Unterziel 3.4 fordert, »bis 2030 die Frühsterblichkeit aufgrund von nicht übertragbaren Krankheiten (z. B. Krebs, Herz-Kreislauf-Krankheiten, Diabetes) um ein Drittel (zu) senken und die psychische Gesundheit und das Wohlergeben (zu) fördern«. Hier geht es vor allem um Aufklärung und Vorbeugung, aber auch um Forschung und Therapie. Die Krankenkassen beklagen eine steigende Anzahl von Krankschreibungen und Verrentungen aufgrund von psychischen Problemen.
Unterziel 3.5 betont die Stärkung von »Prävention und Behandlung des Substanzmissbrauchs, namentlich des Suchtstoffmissbrauchs und des schädlichen Gebrauchs von Alkohol«. Hier sind Jugendliche und junge Menschen in besonderem Maße betroffen. Der detaillierte »Statusbericht 2015« von BADO e.V. Hamburg (Basisdokumentation) zählte rund 14.000 Drogenabhängige, die die verschiedenen privaten und staatlichen Hamburger Hilfestellen aufsuchten. Hinzu kommt eine vermutet hohe Dunkelziffer z. B. von Alkohol-, Amphetamin-, aber auch Internetabhängigen. Eine Trendwende zum Besseren deutet sich bislang nicht an, ist aber dringend, um »niemanden zurückzulassen«.

• Ziel 4: Hochwertige Bildung gewährleisten

Auch Hamburg muss sicherstellen, dass »alle Mädchen und Jungen Zugang zu hochwertiger frühkindlicher Erziehung, Betreuung und Vorschulbildung erhalten« (Ziel 4.2) und dann »gleichberechtigt eine kostenlose und hochwertige Grund- und Sekundarschulbildung abschließen« können (Ziel 4.1.).
Angesprochen ist hiermit zum einen, dass auch in der Hansestadt weitgehend die soziale Herkunft darüber entscheidet, wie erfolgreich Kinder die staatlichen und privaten Bildungsangebote annehmen. Diese Diagnose ist den Verantwortlichen in Politik und Bildungsverwaltung vertraut. Eine durchgreifende Lösung ist bisher nicht in Sicht. Das vorbildliche flächendeckende Angebot von Ganztags-Kinderbetreuung und Ganztags-Schulen muss nun hinsichtlich Betreuungsschlüssel, Lehrerzahl, Kantinen und Pädagogik qualitativ optimiert werden. Es müsste insbesondere denjenigen Eltern näher gebracht werden, die aus Unwissenheit, Armut oder Tradition den Bildungszugang und sozialen Aufstieg ihrer Kinder eher behindern statt fördern.
Es geht auch um die Schulabgänger/innen ohne Abschluss. Deren Quote hat sich in Hamburg seit 2006 kontinuierlich erheblich verbessert, ist aber seit 2014 wieder angestiegen, 2016 auf 5,8% (für Migrantenkinder auf 10,3%). Dies widerspricht auch dem Nachhaltigkeitsziel 4.4, das eine »wesentliche Erhöhung« der Zahl von Jugendlichen und Erwachsenen anstrebt, die über »fachliche und berufliche Qualifikationen für eine Beschäftigung, eine menschenwürdige Arbeit und Unternehmertum verfügen«. Die sozialen Folgeprobleme für Schulabbrecher/innen und Gesellschaft können groß sein und sind sicher nicht nachhaltig.

• Ziele 5 und 16: Gleichstellung und Kinderschutz

Unterziel 16.2 fordert die Beendigung von Missbrauch und Ausbeutung von Kindern. Ziel 5.2 fordert, alle Formen der Gewalt und Ausbeutung gegen Mädchen und Frauen zu beseitigen. Die Erkenntnisse des Kinderschutzzentrums in der Rechtsmedizin des UKE sowie die Ermittlungen wegen Kinderpornographie zeigen, dass diese Ziele nicht nur für die Dritte Welt gelten. Die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik Hamburgs dokumentiert für 2016, dass über 4.600 Kinder und Jugendliche Opfer von versuchten oder vollendeten Straftaten wurden; hinzu kamen 2.760 heranwachsende (18 bis 21 J.) Opfer. 446 Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren wurden 2016 Opfer von Taten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, davon 319 Mädchen. Leider ist dabei mit einer hohen Dunkelziffer (Nicht-Anzeige) zu rechnen. Bemerkenswert ist insgesamt die starke Zunahme der ausländischen Tatverdächtigen in den letzten drei Jahren. Die Hamburger Sicherheitspolitik muss diese Problematik vorurteilslos, aber konsequent angehen, um Kinder, Jugendliche, besonders Frauen und Mädchen – deutsche wie ausländische – sowohl im öffentlichen Raum als auch in den Familien und Institutionen besser zu schützen. Es bedarf hier nicht zuletzt erheblicher Integrations-Anstrengungen und möglicherweise neuer Instrumente.

• Ziele 7, 8, 13: Wirtschaft und Umwelt

Hamburg ist eine Wirtschaftsmetropole mit hohem Energie- und Ressourcenbedarf sowie hohen CO_2-Emissionen. Mit ihrem überdurchschnittlich großen ökologischen Fußabdruck sind die Stadt und ihre Bevölkerung mitverantwortlich für die globalen Krisen des Klimas und der Rohstoffverknappung. Hamburg verfehlt das UN-Nachhaltigkeits-Ziel 7 gleich doppelt: Statt einer deutlichen Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch (7.2) ist dieser 2015 auf magere 4,4% gesunken. Auch der Index der Energieeffizienz (Bruttoinlandsprodukt pro Gigajoule Energie) ist 2014 (letzte Zahl) weiter gesunken, obwohl nach Unterziel 7.3 die »Steigerungsrate der Energieeffizienz« bis 2030 verdoppelt werden soll. Etwas Ähnliches gilt für die Ressourceneffizienz (BIP pro Tonne Rohstoff, Ziel 8.4): Nach der bundesweiten Umweltökonomischen Gesamtrechnung ist sie 2014 in Hamburg auf unter 85 (1994 = 100) gesunken. Die CO_2-Emissionen (Ziel 13) sind 2015 in Hamburg zwar insgesamt leicht zurückgegangen, die deutsche Zielmarke für 2020 von -40% seit 1990 wird jedoch nicht erreicht werden. Im Verkehrssektor sinkt der CO_2-Ausstoß seit Jahren nicht mehr. Es bedarf völlig neuer Ideen und Maßnahmen, um die auch von Hamburg akzeptierten Beschlüsse von Paris tatsächlich einzuhalten.

6. Ausblick

Insgesamt sind die vielen (Unter-)Ziele der Agenda 2030 durchaus geeignet, den Blick auf Hamburgs Entwicklung zu schärfen und auszuweiten. Nicht das kurzfristige Regierungsprogramm einer Koalitionsregierung kann der Maßstab für die Erfüllung der UN-Nachhaltigkeitsziele sein, sondern eine Langfrist-Perspektive, die neben lokalen Problemen die globalen Krisen einbezieht. Zum »ordentlichen Regieren« einer großen, reichen Metropole – will sie nun Weltstadt sein oder nicht – gehört in Zeiten der Globalisierung mehr als Standortpolitik und das kurzsichtige Ranking um wirtschaftliche oder Zufriedenheits-Positionen im aktuellen Vergleich. Ohne eine konkrete Vision, ohne Begeisterung für eine bessere und gerechte Zukunft für alle wird die »Transformation unserer Welt« nicht gelingen. Nicht zum Arzt sondern an die Arbeit sollten Politiker, Verwaltung und Zivilgesellschaft gehen – für die nachfolgenden Generationen, in Hamburg und anderswo.

Präambel der UN-Agenda 2030

Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung

Diese Agenda ist ein Aktionsplan für die Menschen, den Planeten und den Wohlstand. Sie will außerdem den universellen Frieden in größerer Freiheit festigen. Wir sind uns dessen bewusst, dass die Beseitigung der Armut in allen ihren Formen und Dimensionen, einschließlich der extremen Armut, die größte globale Herausforderung und eine unabdingbare Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung ist. Alle Länder und alle Interessenträger werden diesen Plan in kooperativer Partnerschaft umsetzen. Wir sind entschlossen, die Menschheit von der Tyrannei der Armut und der Not zu befreien und unseren Planeten zu heilen und zu schützen. Wir sind entschlossen, die kühnen und transformativen Schritte zu unternehmen, die dringend notwendig sind, um die Welt auf den Pfad der Nachhaltigkeit und der Widerstandsfähigkeit zu bringen. Wir versprechen, auf dieser gemeinsamen Reise, die wir heute antreten, niemanden zurückzulassen.
Die heute von uns verkündeten 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung und 169 Zielvorgaben zeigen, wie umfassend und ambitioniert diese neue universelle Agenda ist. Sie sollen auf den Millenniums-Entwicklungszielen aufbauen und vollenden, was diese nicht erreicht haben. Sie sind darauf gerichtet, die Menschenrechte für alle zu verwirklichen und Geschlechtergleichstellung und die Selbstbestimmung aller Frauen und Mädchen zu erreichen. Sie sind integriert und unteilbar und tragen in ausgewogener Weise den drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung Rechnung: der wirtschaftlichen, der sozialen und der ökologischen Dimension. Die Ziele und Zielvorgaben werden in den nächsten fünfzehn Jahren den Anstoß zu Maßnahmen in den Bereichen geben, die für die Menschheit und ihren Planeten von entscheidender Bedeutung sind.

Menschen
Wir sind entschlossen, Armut und Hunger in allen ihren Formen und Dimensionen ein Ende zu setzen und sicherzustellen, dass alle Menschen ihr Potenzial in Würde und Gleichheit und in einer gesunden Umwelt voll entfalten können.
Planet
Wir sind entschlossen, den Planeten vor Schädigung zu schützen, unter anderem durch nachhaltigen Konsum und nachhaltige Produktion, die nachhaltige Bewirtschaftung seiner natürlichen Ressourcen und umgehende Maßnahmen gegen den Klimawandel, damit die Erde die Bedürfnisse der heutigen und der kommenden Generationen decken kann.
Wohlstand
Wir sind entschlossen, dafür zu sorgen, dass alle Menschen ein von Wohlstand geprägtes und erfülltes Leben genießen können und dass sich der wirtschaftliche, soziale und technische Fortschritt in Harmonie mit der Natur vollzieht.
Frieden
Wir sind entschlossen, friedliche, gerechte und inklusive Gesellschaften zu fördern, die frei von Furcht und Gewalt sind. Ohne Frieden kann es keine nachhaltige Entwicklung geben und ohne nachhaltige Entwicklung keinen Frieden.
Partnerschaft
Wir sind entschlossen, die für die Umsetzung dieser Agenda benötigten Mittel durch eine mit neuem Leben erfüllte Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung zu mobilisieren, die auf einem Geist verstärkter globaler Solidarität gründet, insbesondere auf die Bedürfnisse der Ärmsten und Schwächsten ausgerichtet ist und an der sich alle Länder, alle Interessenträger und alle Menschen beteiligen.
Die Querverbindungen zwischen den Zielen für nachhaltige Entwicklung und deren integrierter Charakter sind für die Erfüllung von Ziel und Zweck der neuen Agenda von ausschlaggebender Bedeutung. Wenn wir unsere Ambitionen in allen Bereichen der Agenda verwirklichen können, wird sich das Leben aller Menschen grundlegend verbessern und eine Transformation der Welt zum Besseren stattfinden.

(Quelle: Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 25. September 2015; http://www.un.org/Depts/german/gv-70/band1/ar70001.pdf)

Die »neue« Nachhaltigkeitsstrategie ist nicht nachhaltig

Stellungnahme des Deutschen Bundesjugendrings zur Position der Bundesregierung

Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie bleibt aus der Perspektive junger Menschen und künftiger Generationen auch in ihrer Neuauflage eine Enttäuschung. Die Bundesregierung gießt die wegweisenden Sustainable Development Goals (SDG) wie eine Soße über ihre alte Strategie, gliedert etwas um, verpasst aber die Chance zu einem neuen, ambitionierten Blick auf Deutschland und die Welt. Sie schafft es nicht, ihre guten und bestehenden Initiativen als Ziele oder Indikatoren aufzunehmen.

Potenziale mancher SDG bleiben vollkommen ungenutzt. Besonders fällt dies beim SDG 16 auf, das die Bundesregierung selbst als ein wesentliches und wichtiges bezeichnet. Aus der Perspektive junger Menschen fehlen in der Nachhaltigkeitsstrategie an dieser Stelle Ideen und Aktivitäten, wie Deutschland und die Welt nachhaltig friedlicher und sicherer gestaltet werden kann. Es ließe sich beschreiben, wie Demokratie gestärkt und Rassismus bekämpft werden können; zumal die Bundesregierung dazu selbst ein millionenschweres Programm aufgelegt hat. Es ließe sich beschreiben, wie freiwilliges und ehrenamtliches Engagement dazu beiträgt, Deutschland und die Welt solidarischer zu machen. In anderen Ländern will Deutschland den Pluralismus stärken und nennt als Aktivitäten: Werte der freiheitlich demokratischen Grundordnung vermitteln, Dialog und Verständigung fördern und jungen Menschen eine Perspektive geben. In Deutschland selbst plant sie das nicht – enttäuschend.

Ebenso enttäuschend, dass weder in der gesamten Strategie, noch explizit an dieser Stelle Ideen für eine politische Teilhabe, insbesondere junger Menschen genannt werden. Und das, obwohl politische Teilhabe als eines der Unterziele im SDG 16 (Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen) genannt wird. Nach unserer Überzeugung kann die Gesellschaft nur zukunftsfähig, friedlich und inklusiv werden, wenn sie Ernst macht mit der Verwirklichung ihrer demokratischen Werte für alle, die in Deutschland leben – ganz besonders aber für alle jungen Menschen. Zu starken Institutionen zählen deswegen nicht nur Exekutive und Judikative, sondern eine starke Legislative, also Parlamente im Bund, in den Ländern und Kommunen. Stark bleiben demokratische Strukturen dann, wenn junge Menschen frühzeitig erfahren können, dass ihre Mitwirkung Wirkung hat. Wesentlich ist, dass junge Menschen wirksam in Entscheidungsprozesse eingebunden sind, dass die Themen für sie relevant sind, die Methoden anregend und passend, die Prozesse übersichtlich und transparent. Sie brauchen Begleitung und Beratung. Zeitläufe müssen großzügig geplant werden, wenn alle junge Menschen eine Möglichkeit zur Beteiligung haben sollen. Dazu findet sich in der gesamten Strategie kein einziges Wort.

Seit Erscheinen der ersten Auflage der Nachhaltigkeitsstrategie mahnen wir die fehlende Perspektive junger Menschen an. Wir kritisieren, dass Kinderrechte als Indikator für eine nachhaltige Entwicklung fehlen. Zur Kinder- und Jugendarmut sagt die Bundesregierung nichts, obwohl dies Faktoren in einer Nachhaltigkeitsstrategie sein müssten. Dabei hat materielle Armut häufig negative Auswirkungen auf eine ganze Reihe von Lebensbereichen.

Die verfügbaren materiellen Ressourcen bestimmen über die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, des Wohnumfelds, der Mobilität, der Ernährung, der politischen und gesellschaftlichen Beteiligung sowie häufig auch über Bildungschancen. Aktivitäten dagegen und messbare Indikatoren über den aktuellen Zustand gehören deswegen unbedingt in eine Nachhaltigkeitsstrategie.

Wir vermissen auch Ideen und Indikatoren für eine jugendgerechte Mobilität, also vor allem zum Aus- und Umbau des Öffentlichen Nahverkehrs. Kinder und Jugendliche haben ein hohes Mobilitätsbedürfnis. Für sie ist Mobilität – stärker als für andere Bevölkerungsgruppen – ein Schlüssel für Bildung, neue Erfahrungen und Zugänge zu neuem Wissen. ÖPNV und Bahnverkehr dürfen deswegen nicht nach rein wirtschaftlichen Interessen gesteuert werden. Soziale und ökologische Aspekte müssen Vorrang haben. Zumindest müssen bei der wirtschaftlichen Berechnung die externen, sozialen und ökologischen Folgekosten mit kalkuliert werden. Aussagen dazu fehlen in der Nachhaltigkeitsstrategie.

Im Zeitalter der Digitalisierung bleibt die Strategie ebenso weit hinter den Möglichkeiten zurück, Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung für eine nachhaltige Entwicklung zu beschreiben. Wenn Digitalisierung und Breitbandausbau genannt werden, liegt der Fokus klar auf wirtschaftlichen Aspekten. Die sozialen oder ökologischen Aspekte der Digitalisierung bleiben außen vor. Dabei sind gerade die es, die für junge Menschen und die künftigen Generationen einen wesentlichen Teil des Lebens ausmachen und alle Bereiche des Lebens beeinflussen.

Bei den großen Defiziten fällt kaum ins Gewicht, dass endlich im Bereich Bildung Aussagen über die Bedeutung der informellen und non-formalen Bildung getroffen werden. In einem kurzen Absatz zu non-formaler und informeller Bildung heißt es: »Kompetenzen für eine soziale, kulturelle und politische Teilhabe werden auch außerhalb des Unterrichts und damit jenseits formaler Leistungsanforderungen erworben. Vor dem Hintergrund des Lebenslangen Lernens für die Transformation der Gesellschaft in Richtung Nachhaltigkeit und dem besonderen Innovationspotenzial zur Umsetzung von BNE gewinnt dieser Bildungsbereich an stärkerer Bedeutung. Für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene leisten die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit hier wichtige Beiträge für die Persönlichkeitsentwicklung und Identitätsbildung junger Menschen. Der Bund hat nach § 83 SGB VIII die Aufgabe, die Tätigkeit der Kinder- und Jugendhilfe anzuregen und zu fördern, soweit sie von überregionaler Bedeutung ist und ihrer Art nach nicht durch ein Land allein wirksam gefördert werden kann. Der Kinder- und Jugendplan (KJP) ist das zentrale Instrument des Bundes zur Erfüllung dieser Aufgaben auf dem gesamten Gebiet der Kinder- und Jugendhilfe. Aus den Mitteln des KJP fördert die das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Verbände und Fachorganisationen und deren Angebote der politischen, sportlichen und kulturellen Bildung sowie der Jugendverbandsarbeit.« Nicht mehr, aber auch nicht weniger nennt die Bundesregierung auf dem Weg, das SDG 4 (Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern) zu erreichen.

Alles in allem bleibt aus Sicht junger Menschen und künftiger Generationen noch ein weiter Weg zu einer Nachhaltigkeitsstrategie, die nicht nur fortgeschrieben, sondern wirklich neu geschrieben wird und Akzente setzt.

(Stellungnahme vom 6. Februar 2017; Quelle: www.dbjr.de/fileadmin/user_upload/pdf-dateien/Stellungnahmen/2017-DBJR-stellungnahme-nachhaltigkeit.pdf)

Anzeige

Der Spaß am Job, ein perfekter Arbeitsablauf und ein gelungenes Produkt sind für uns Motivation genug, jeden Tag kompetent und engagiert Ihre Aufträge umzusetzen.

Nehr Offsetdruck Media
Antonie-Möbis-Weg 3 · 22523 Hamburg
Telefon 040 / 57 19 73-0 · Telefax 040 / 571 09 62

Jugenddelegierte bei der UN-Generalversammlung

Programm der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen und des Deutschen Nationalkomitees für internationale Jugendarbeit

Große Bühne: Anaick Geißel und Mio Kuschick bei den UN-Generalversammlung

Von Mio Kuschick, UN-Jugenddelegierter

Jedes Jahr begleiten zwei junge Menschen aus Deutschland die Verhandlungen der Generalversammlung der Vereinten Nationen, halten selbst eine Rede und organisieren ein Side-Event. So bringen sie die Belange und Interessen der in Deutschland lebenden Jugendlichen direkt nach New York und geben ihnen eine Stimme in der Weltpolitik.

In diesem Jahr haben dieses Ehrenamt Anaick Geißel und ich, Mio Kuschick, inne. Wir sind beide 23 Jahre alt, studieren etwas mit Pädagogik und sind im Süden Deutschlands aufgewachsen. Anaick macht Politik bei den Jusos, der Jugendorganisation der SPD, und organisiert Simulationen der Vereinten Nationen für Schüler/innen, während ich seit vielen Jahren bei den Pfadfinder/innen und im Bereich des Schüleraustauschs aktiv bin – und dort das Interesse an Internationalität und multilateraler Zusammenarbeit gewonnen habe.
Damit wir erfahren, was junge Menschen in Deutschland gerade umtreibt, haben wir von Mai bis September eine Deutschlandtour mit rund 20 Stationen durchgeführt. In Schulen, bei Jugendverbänden und auf vielen Workshops sind wir mit Jugendlichen in Kontakt getreten, haben deren Forderungen gesammelt und diese mit zur 72. UN-Generalversammlung genommen. Nach unserem Aufenthalt in New York sind wir von November bis Januar nochmals unterwegs, berichten von unserer Arbeit, den Erfahrungen bei der UN und sammeln weitere Forderungen. Diese werden wir dann bei der UN-Sozialentwicklungskommission im Februar 2018 einbringen. Wenn Eure Jugendgruppe in diesen Prozess noch eigene Themen mit einbringen möchte, dann meldet Euch! Wir kommen gern zu einem Workshop vorbei (siehe Infokasten unten rechts).

Gelesen und eingefordert

So kam es zur Entsendung von UN-Jugenddelegierten aus Deutschland

Angefangen hat alles mit einer Studentin vor über 15 Jahren, die eine der Jugendresolutionen, die in der Generalversammlung der Vereinten Nationen alle zwei Jahre verabschiedet werden, genau gelesen hatte. Sie stellte überrascht fest, dass mit deutscher Unterstützung in der Resolution dazu aufgerufen wurde, die nationalen Delegationen zur UN-Generalversammlung um Jugendliche zu erweitern, zumal es um Jugendfragen geht. Doch davon war vor Ort, in Deutschland, keine Rede mehr. Ein entsprechendes Programm fehlte. Die Studentin insistierte mit Nachfragen bei der Bundesregierung, ließ nicht locker und wurde schließlich zu einem Gespräch in der Zentrale des Auswärtigen Amtes in Berlin eingeladen. Damit kam die Sache ins Rollen, ein Programm wurde aufgelegt und im Jahr 2005 konnten erstmals Jugenddelegierte an der UN-Generalversammlung in New York teilnehmen.
Seither ist die Zahl der UN-Jugenddelegierten weiter gewachsen: Derzeit gibt es 35 ähnliche Länder-Programme weltweit. Angesichts der Tatsache, dass es 193 Mitgliedsstaaten bei den Vereinten Nationen gibt, ist das immer noch ein sehr kleiner Teil. Folglich arbeiten die deutschen Jugenddelegierten auch daran, weitere Programme vorzubereiten. Im November gestalteten sie einen Workshop mit Jugendlichen aus Nigeria, Tunesien und Argentinien, um ihnen die Skills zu vermitteln, die sie als Jugenddelegierte benötigen werden.

Foto © UN Photo, Sophia Paris

Diskussion vor Ort

Du willst die UN-Jugenddelegierten zu Deiner Gruppe einladen oder in Deine Klasse holen? Mit ihnen über die Vereinten Nationen, die SDG-Ziele oder andere Themen diskutieren? Dann schreib ihnen eine E-Mail an: mio@jugenddelegierte.de oder anaick@jugenddelgierte.de.
Bis Ende Januar 2018 sind sie offen für Terminvorschläge oder reichen Anfragen für spätere Termine an ihre Nachfolger/innen weiter.

Bewerbung als Jugenddelegierte/r für die UN-Generalversammlung 2018

Möchtest Du die deutsche Delegation für drei Wochen zur 73. UN-Generalversammlung im Oktober 2018 nach New York begleiten, um Dich für die Interessen junger Menschen einzusetzen?
Traust Du Dir zu, im Vorfeld durch Deutschland zu fahren und in ausgiebigen Gesprächen mit Jugendlichen vor Ort ihre Meinungen, Interessen und Wünsche kennen zu lernen und so zum »Sprachrohr der Jugend in Deutschland« zu werden? Bist Du bereit, Dich gemeinsam mit Jugenddelegierten anderer Länder für die Interessen junger Menschen auf der ganzen Welt stark zu machen?
Willst Du die einmalige Chance nutzen, Deine gesammelten Erfahrungen stellvertretend für die Jugend in Deutschland bei der Erarbeitung von Jugendresolutionen einzubringen?
Wenn Du motiviert bist, diese und viele weitere Herausforderungen anzunehmen, dann bewirb Dich für das Jugenddelegierten-Programm!
Noch bis zum 9. Januar 2018 kann man sich als Jugenddelegierte/r für 2018 bewerben. Wenn Du zwischen 18 und 25 Jahren alt bist, einen deutschen Pass besitzt und Erfahrungen aus der Jugendarbeit mitbringst, erfüllst Du bereits die meisten Voraussetzungen. Englischkenntnisse und etwas Wissen über die Vereinten Nationen solltest Du auch vorweisen können. Alle wichtigen Infos findest Du unter: www.jugenddelegierte.de/jugenddelegierte/bewirb-dich

Gebäude der Vereinten Nationen in New York

Foto © UN Photo, Yutaka Nagata

Debatten in New York. Bei dem dreiwöchigen Aufenthalt bei der Generalversammlung im Oktober 2017 nahmen wir als UN-Jugenddelegierte aus Deutschland vorrangig an den Sitzungen des 3. Haupausschusses teil, welcher sich mit sozialen, humanitären und kulturellen Fragen beschäftigte. Dort hielten wir eine Rede, in der wir die Wichtigkeit von multilateraler Zusammenarbeit hervorhoben und Abrüstung sowie den Schutz der Rechte von LGBTI*-Menschen einforderten. Gemeinsam mit den Jugenddelegierten Bulgariens, Tschechiens und Belgiens organisierten wir zudem ein Side-Event zum Thema »Wie non-formelle Bildung die Beschäftigungsfähigkeit (employability) fördert«.
Da wir einen Status als regulärer Teil der deutschen UN-Delegation innehielten, konnten wir uns nicht nur alles vor Ort anschauen, sondern auch innerhalb der Delegation eigene Themen vorbringen. Diese fanden teilweise Beachtung in den Verhandlungen zur Jugendresolution der UN. Wichtig war für uns, dass wir unabhängig von den Positionen der Bundesregierung agieren konnten. So verfolgten wir mit einem kritischen Blick, wie sich die deutsche Delegation auf der Generalversammlung bei einigen Themen positionierte.

Hospitationen und mehr. Ein weiterer Teil unseres Mandats umfasste die Hospitation im Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend sowie beim Auswärtigen Amt. Dabei konnten wir einen Einblick in die Tätigkeiten der Bundesregierung gewinnen und erfahren, welche Ziele diese insbesondere in den Feldern Jugend und Vereinte Nationen verfolgt. Zudem besuchten wir in diesem Herbst die UN-Weltklimakonferenz in Bonn und sind bei einem Koordinierungstreffen mit anderen europäischen Jugenddelegierten in Brüssel zusammengetroffen.
Im Rahmen der benannten Deutschlandtour sprechen wir mit vielen jungen Menschen über die Arbeit der Vereinten Nationen, die Ziele für Nachhaltige Entwicklung und was jede/r selbst dafür tun kann. Dabei verwenden wir u.a. Materialien aus der Reihe »The World's largest lesson«, die in Kooperation von UNICEF und UNESCO entstanden. Diese Medien bieten zu jedem UN-Ziel gute Hintergrundinformationen, ideal für die Arbeit und Diskussion in Jugendgruppen. Ein cooles Video aus dieser Reihe mit der Schauspielerin Emma Watson findet ihr unter: www.youtube.com/watch?v=-cEUhHTlcDU

Neugierig geworden? Unsere Amtszeit endet im Frühjahr 2018. Bereits jetzt läuft die Bewerbungsphase für unsere Nachfolger (siehe Infokasten). Und keine Bange vor dem, was da auf Euch zukommt. Wir schmeißen die Brocken nicht gleich hin, sondern helfen unseren Nachfolgern bei der Einarbeitung in einer Übergangsphase. Wir geben unsere Erfahrungen weiter – und sind sicher: UN-Jugenddelegierte/r zu sein, ist eine spannende und lohnende Herausforderung!

* Lesbian, Gay, Bisexual, Transsexual/Transgender und Intersexual

UN-Fassade mit SDG-Illumation

Foto © UN Photo, Cia Pak

Jugenddelegierte für Nachhaltige Entwicklung bei der UN

Programm des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und des Deutschen Bundesjugendrings

Von Michael Scholl, Deutscher Bundesjugendring

Zwei junge Menschen aus Jugendverbänden tauchen regelmäßig ein in die Welt der Vereinten Nationen. Sie beraten mit tausenden Menschen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Regierungen über die Agenda 2030 und die Sustainable Development Goals. Als Jugenddelegierte für Nachhaltige Entwicklung schlagen die Brücke zwischen jungen Menschen in Deutschland und der Weltgemeinschaft. In New York mischen sie sich ein, machen Vorschläge, stellen Fragen und nehmen so Einfluss auf die Verhandlungen der Regierungen. In Deutschland sprechen sie mit jungen Menschen darüber, wie nachhaltige Entwicklung geht, was Regierungen an Rahmen setzen und wie jede/r selbst aktiv werden kann. Gemeinsam mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) wählt der Deutsche Bundesjugendring zwei Jugenddelegierte aus. Sie vertreten junge Menschen aus Deutschland beim High-level Political Forum on Sustainable Development (HLPF). Die Jugenddelegierten sind Teil einer Delegation der Bundesregierung. Sie arbeiten während der Tage in New York eng mit dem BMUB zusammen. Zugleich formulieren sie mit Jugenddelegierten aus anderen Staaten Erwartungen an die Regierungen und die Vereinten Nationen – unabhängig von den Verhandlungen der Bundesregierung. Zur Vorbereitung auf das Hochrangige Forum sprechen die Jugenddelegierten mit Jugendlichen sowie mit Experten/innen für nachhaltige Entwicklung aus zivilgesellschaftlichen Organisationen. Sie bringen die Sicht junger Menschen bei Veranstaltungen ein, zu denen sie eingeladen werden. Sie organisieren Workshops und halten Vorträge – wenn die Zeit in Studium oder Beruf es zulässt. Wenn notwendig und sinnvoll, dann nehmen sie an internationalen Treffen anderer Jugenddelegierter oder Netzwerke teil. Jugenddelegierte übernehmen die ehrenamtliche Aufgabe für zwei Jahre. Die Berufung ist zeitversetzt. Jeweils ein Jahr arbeitet das Team zusammen, durch ein Reißverschluss-Prinzip kann Wissen übertragen und langfristig gesichert werden. Der DBJR unterstützt die Aktivitäten der Jugenddelegierten, flankiert durch eine Förderung des BMUB.

Das Programm. Beim Rio-Gipfel 1992 wurde zum ersten Mal Jugend als eigene Gruppe, die von Fragen der nachhaltigen Entwicklung besonders betroffen ist, anerkannt. Seit dem Weltgipfel in Johannesburg 2002 (»Rio+10«) entsenden der DBJR und das Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit Jugenddelegierte zur UN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung. Nach Rio+20 wurde die Kommission durch ein ein High Level Political Forum für Nachhaltige Entwicklung bei den Vereinten Nationen abgelöst. Die Jugenddelegierten nehmen daran teil. Außerdem setzten sie sich als Teil der Major Group on Children and Youth für die Interessen der jungen Generation ein.

Die Jugenddelegierten. Johannes Wagner wurde im Herbst 2016 für zwei Jahre als Jugenddelegierter ausgewählt. Er engagiert sich in der Jugend des Deutschen Alpenvereins. Sein Medizin-Studium absolviert er an der Universität Erlangen. Rebecca Freitag ist gerade erst Jugenddelegierte geworden. Sie engagiert sich in der BUNDjugend. An der Humboldt-Universität Berlin studiert sie Integrated Natural Ressource Management. Über ihre Arbeit berichten die Jugenddelegierten unter jugenddelegierte.dbjr.de

Holt sie Euch!

Die beiden Jugenddelegierten diskutieren mit Euch gern über die UN und Nachhaltige Entwicklung – sowie über eure Ideen, Visionen, Wünsche und Forderungen. Im Rahmen eines Workshops können **Rebecca Freitag** und **Johannes Wagner** zudem mehr über Nachhaltige Entwicklung und die UN sowie über die Rolle junger Menschen in diesem Prozess berichten. Ihr wollt sie bei Euch haben? Einfach Kontakt aufnehmen und zu Euch vor Ort einladen!
Kontakt: jugenddelegierte@dbjr.de
Info: jugenddelegierte.dbjr.de

Rebecca Freitag

Johannes Wagner

Alle Fotos © DBJR

Anzeige

Seit über 20 Jahren
Partner des LJR Hamburg

Wir versichern alle(s)
Maßnahmen - Veranstaltungen - Einrichtungen
ABTEILUNG BEREICHE JUGEND, BILDUNG, KULTUR UND FREIZEIT

BERNHARD
ASSEKURANZMAKLER GMBH & CO. KG
SEIT 1950
PARTNER DER JUGEND

Mühlweg 2b · D-82054 Sauerlach · Telefon +49 (0) 8104 / 89 16-0 · Telefax +49 (0) 8104 / 89 17-35 · jugend@bernhard-assekuranz.com · www.bernhard-assekuranz.com

Ein Jugendverband feiert seinen Geburtstag

Das bunte Festprogramm der Jugendfeuerwehr Hamburg

Von Henrik Strate, Jugendfeuerwehr Hamburg

In diesem Jahr hat die Jugendfeuerwehr Hamburg ihren 50. Geburtstag gefeiert. Ein wahres Feuerwerk von bunten Programmpunkten ließ das Jahresthema immer wieder aufleben. Die Ideensammlung begann bereits knapp drei Jahre vorher. Eine kleine Gruppe sammelte erste Ideen, die Jugendsprecher der (damals noch) 59 Gruppen formulierten ihre Wünsche und Vorschläge für ein großes Geburtstagsfest. Doch warum muss ein Jugendverband seinen Geburtstag feiern? Und wer und wen feiert man eigentlich?

Die Bausteine. »50 Jahre Jugendfeuerwehr sind kein Selbstläufer«, sagt Uwe von Appen (45), Landesjugendfeuerwehrwart der heute mittlerweile 60 Hamburger Gruppen. »Dahinter stehen hunderte engagierte Frauen und Männer der Freiwilligen Feuerwehren, die über so viele Jahre verlässlich, kontinuierlich und mit einem bemerkenswerten Einsatz junge Menschen an Nächstenhilfe, Demokratie, Miteinander und Kameradschaft herangeführt haben. All jenen wollten wir ›Danke‹ sagen.« Aber es sollte auch um mehr gehen. Seine Vertreterin, Lena Igla (26), ergänzt: »Die rund eintausend Kinder und Jugendlichen sollten eine Party erleben, von denen sie später noch gerne und mit strahlenden Augen berichten.« So entstand ein Konzept, das möglichst vielen Ziele gerecht werden konnte.

Mit einem Senatsempfang im April wurde den hunderten ehrenamtlich engagierten Frauen und Männern aus fünfzig Jahren gedankt. Die Würdigung dieser jahrzehntelangen Jugendfeuerwehrarbeit oblag dabei dem Ersten Bürgermeister. Schirmherr Olaf Scholz betonte besonders die Bedeutung der Jugendarbeit für die Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen. Und er hob die Mitbestimmung der jungen Mitglieder hervor. Es sei wichtig, »damit eine Organisation wie die Jugendfeuerwehr lebendig bleibt und sich weiterentwickelt.«

Ebenfalls um das Danke-Sagen ging es beim Florianstag, dem traditionellen Hamburger Feuerwehrgottesdienst im Mai. Der von der Jugendfeuerwehr und Landesfeuerwehrpastorin Erneli Martens gestaltete Feiertag stand unter dem Motto »Ein Hoch auf uns«.

Die Highlights im Sommer und Herbst richteten sich an die Mitglieder von heute. 900 Teilnehmer/innen erlebten ein unvergessliches Zeltlager am Eichbaumsee in Allermöhe. Mit den Jugendlichen aus Hamburg feierten Freunde aus aller Welt. Junge Feuerwehrleute aus insgesamt acht Nationen folgten der Einladung aus der Hansestadt und erlebten aufregende Tage mit einem vielseitigen Programm im Camp und in der Stadt. »Das gemeinsame Zelten, Gänsehautmomente beim Geburtstagsfeuerwerk, Paddeln auf der Dove-Elbe, Party im Großzelt … all das sind Momente, die unsere Jugendlichen sicher nicht vergessen werden«, so der Landesjugendfeuerwehrwart. »Und natürlich wünsche ich mir auch ein wenig, dass viele von ihnen später selbst so motiviert sind, als Jugendleiterinnen und Jugendleiter ›ihren‹ Jugendlichen solche Momente zu ermöglichen.«

Die Freiwilligen Feuerwehren machten ihrem Nachwuchs am 1. Oktober ein Mega-Geschenk.

50 !!! Bürgermeister Olaf Scholz empfängt die Landesjugendfeuerwehrwarte und -sprecher/innen

Foto © Alina Brosch, Senatskanzlei

»Hamburgs junge Helden« – Senatorin Melanie Leonhard eröffnet die Plakataktion

Foto © Henrik Strate, JF Hamburg

Eine Großübung mit 300 Übungslagen forderte die 800 Teilnehmer/innen in mehr als 50 Einsatzfahrzeugen in der gesamten Stadt. Jede »Lage«, von der brennenden Mülltonne über eine Handverletzung bis hin zum Chemiebrand bei Aurubis, wurde von den »jungen Helden« perfekt bewältigt. Die Ausarbeitung übernahmen die Freiwilligen Feuerwehren vor Ort, die Koordination dieser Einsätze die Fernmelde-Einheiten. Auch für diese Einsatzkräfte war es ein gutes Training für die ernsten und echten Lagen. Und so weit weg von der Realität wurde gar nicht geübt: Nur wenige Wochen später zogen Sturmtiefs über Hamburg und Norddeutschland und sorgten für weit mehr Einsätze in noch kürzerer Zeit.

»Ohne die tatkräftige Hilfe der Helferinnen und Helfer, den Organisatoren im Zeltlager und den vielen Menschen im Hintergrund wäre so etwas nicht möglich gewesen«, stellt Lena Igla klar. »Denen wollten wir natürlich auch Danke sagen und luden sie zur ›Heldenparty‹ ein. Ein Abend lang gemütlich zurückschauen, das Erreichte feiern und Pläne für die Zukunft schmieden stand am 2. Oktober im Mittelpunkt.

Einen besonderen Rahmen schaffen. »Aber natürlich will man mit einem solchen Ereignis auch Themen voranbringen, die man vielleicht sonst nicht so hätte bewegen können«, stellt Uwe von Appen die letzte Säule des Geburtstagsprogramms vor. »Besondere Aktionen oder Projekte brauchen einen großen Rahmen, damit sie realisiert werden können.« So wurden im Frühjahr die Litfaßsäulen der Stadt mit dem neuen Plakat »Hamburgs junge Helden« versehen, im Hamburger Rathaus informierte einen Monat lang die Ausstellung zum Jubiläum auf rund fünfzig Tafeln über die aktuelle Arbeit der Jugendfeuerwehr Hamburg und stellte in Portraits die 60 Jugend- und sechs Minifeuerwehren vor. Mit der Etablierung des Instagram-Profils @JFHH50 beschritt die Jugendfeuerwehr Hamburg Neuland und suchte ihre Zielgruppe in den sozialen Netzwerken, informierte über die 50-Jahr-Aktivitäten und stellte die Geschichte vor.

Und natürlich konnte sich die Jugendfeuerwehr über außergewöhnliche Geschenke freuen. Die Flotte der Mannschaftsbusse für die Jugendfeuerwehr wurde um drei nagelneue VW Crafter erweitert, ein Geschenk der Führung der 86 Freiwilligen Feuerwehren Hamburgs. Die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt brachte bereits 2016 ihr Geschenk vorbei. Sie beschloss, der Jugendfeuerwehr für eine Integrations- und Mitgliederkampagne 50.000 Euro zur Verfügung zu stellen. »Damit geht es nun weiter, wir wollen hier kreativ werden und gute Ideen für die Mitgliederwerbung realisieren«, sagt Uwe von Appen. »Besonders ist uns dabei wichtig, Zielgruppen anzusprechen, die bisher noch nicht so stark in unserem Verband vertreten sind. Dazu gehören immer noch Mädchen, aber auch Kinder aus Flüchtlingsfamilien wollen wir in unsere Feuerwehrfamilie aufnehmen. Das sind die Herausforderungen der Zukunft.«

Blick in die Geschichte. So ganz abgeschlossen ist das Projekt »50 Jahre« noch nicht. Ein über 300 Seiten starkes Buch wird Anfang 2018 die Geschichte der Jugendfeuerwehr Hamburg beschreiben, die Jugendfeuerwehren von heute vorstellen und ein Nachschlagewerk mit Zahlen, Daten, Fakten und Personen zusammenfassen. Dieses Buch wird den Abschluss der Aktivitäten darstellen.

»Es ist eine Menge gelungen in diesem tollen und turbulenten Jahr«, resümiert Uwe von Appen. »Unsere ehrenamtlich getragene Gemeinschaft der Jugendfeuerwehr Hamburg ist wieder ein ganzes Stück enger zusammengewachsen, unser großes und engagiertes Team hat tolle Erfahrungen gemeinsam machen können und so Motivation für die kommenden Jahre gesammelt. Das zu erleben und mitverfolgen zu können, macht Spaß und Freude.«

Landesjugendfeuerwehrwarte und deren Vertreter aus 50 Jahren

Foto © Detlef Nehls, JF Hamburg

Die Geschichte der Jugendfeuerwehr in Hamburg

1967: Die erste Jugendfeuerwehr in Wellingsbüttel

Von Henrik Strate, Jugendfeuerwehr Hamburg

Was im Jahre 1967 in Hamburg mit der Gründung der Jugendfeuerwehren Wellingsbüttel, Neuenfelde und Hummelsbüttel begann, ist heute nicht mehr wegzudenken. Man könnte auch sagen: Eine Idee hat sich verwirklicht.

Vor 50 Jahren war das primäre Ziel der Freiwilligen Feuerwehren, den eigenen Nachwuchs zu sichern und junge Menschen für die Ideen der Feuerwehren zu begeistern. Dieses gilt natürlich auch heute noch uneingeschränkt. Ein weiteres Ziel war damals auch, die jungen Männer nach einer entsprechenden Ausbildung mit in den Einsatzdienst zu nehmen, wenn Kräfte gebraucht wurden. Dieser Kräftemangel führte bereits in den 1880er Jahren auf der Insel Föhr zur Gründung der ersten Jugendfeuerwehr. Den richtigen Durchbruch erlebten die Jugendfeuerwehren hingegen erst ab den 1960er Jahren. In Westdeutschland gründeten immer mehr Freiwillige Feuerwehren ihre Jugendabteilungen, ab 1964 wurde die Entwicklung mit der Gründung der Deutschen Jugendfeuerwehr (DJF) auch bundesweit vorangetrieben.
Tatsächlich gab es auch in Hamburg bereits viel früher Bestrebungen, Jugendfeuerwehren zu gründen. Zehn Jahre vor Gründung der DJF, 1954, traten 24 Jugendliche den beiden Jugendgruppen der Freiwilligen Feuerwehr Hohendeich bei. Doch nicht einmal zehn Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus dachten viele bei Kindern in Uniformen noch an den brauen Geist der 1930er und 1940er Jahre, die Sorge vor einer »Staatsjugend« war zu groß. 1956 wurden die Gruppen wieder aufgelöst, die Zeit für Jugendfeuerwehr schien eben noch nicht reif.

Dass es im Jahre 1967 zur Gründung der ersten Jugendfeuerwehr in Hamburg kam, ist in erster Linie den Wellingsbütteler Feuerwehrmännern Theo Nehrens, Günther Qualmann und Rolf-Horst Glawe zu verdanken. Glawe wurde ebenfalls erster Landesjugendfeuerwehrwart und später auch Chef der Freiwilligen Feuerwehren Hamburgs. Mit Wirkung vom 1. April 1967 wurde damals die Jugendfeuerwehr Wellingsbüttel gegründet.
»Von unseren Jugendfeuerwehrmännern erwarten wir Hilfsbereitschaft gegenüber dem Nächsten, Aufgeschlossenheit gegenüber der Technik und eine selbstauferlegte Disziplin innerhalb der Gemeinschaft der Jugendfeuerwehren.«

So stand es im damaligen Bericht des Alster-Anzeigers am 14. April 1967. Mit Ausnahme der Einschränkung auf Jugendfeuerwehr-Männer gelten diese Grundsätze im Kern noch heute.

Den jungen Menschen in den Mittelpunkt rücken
Die feuerwehrtechnische Arbeit stand zu Beginn im Mittelpunkt und natürlich ist die technische Bildung das tragende Element der Jugendarbeit in der Feuerwehr. Aber schon seit den 1980er Jahren nimmt sie bei den zumeist wöchentlichen Zusammenkünften nur knapp die Hälfte der Zeit ein. Hieran ist bereits zu erkennen, dass die Jugendfeuerwehrarbeit mehr ist als reine Nachwuchsförderung. Die Arbeit der Jugendfeuerwehr ist nicht nur Ausbildung, sie ist Bildung und Erziehung. Im Mittelpunkt der Jugendfeuerwehrarbeit steht seit über dreißig Jahren nicht mehr allein die Heranbildung von Nachwuchskräften für die Freiwilligen Feuerwehren, sondern der junge Mensch, der zur Feuerwehr kommt.
»Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass wir unsere Jugend ernst nehmen«, sagt Gerd Langeloh, seit Mitte der 1970er Jahre aktiv bei der Jugendfeuerwehr und zwischen 1988 und 2000 Landesjugendfeuerwehrwart in Hamburg. »Und wir wollen dafür Sorge tragen, dass sich die jungen Menschen in den Freiwilligen Feuerwehren wohlfühlen und ihre Interessen, Ziele und Bedürfnisse verwirklichen können. Wir wollten immer erreichen, dass überall in den Jugendfeuerwehren ein wechselseitiges Vertrauensverhältnis existiert, denn nur so können wir ein Verantwortungsbewusstsein und die Bereitschaft zur Übernahme von Verpflichtungen für das Gemeinwesen bei den Jugendlichen erreichen.«

Einsatzübung in den späten 1960er Jahren

Alle Fotos © sofern nicht namentlich gekennzeichnet: Jugendfeuerwehr Hamburg)

Damals wie heute ist das richtige Helfen wichtiger Bestandteil der Jugendfeuerwehrarbeit

Foto © Helmut Niemeier, JF Hamburg

Dass die Jugendlichen im Mittelpunkt stehen, ist in den heute sechzig Jugendfeuerwehren selbstverständlich. Sie reden mit, sie wählen ihre Betreuer, sie entscheiden über das Programm ihrer Gruppe vor Ort und legen die Ziele der Jugendfeuerwehr Hamburg fest. Vier Jugendliche übernehmen für mindestens zwei Jahre als Landesjugendsprecher für ihre rund eintausend Altersgenossen Verantwortung und treten nach innen wie nach außen als Repräsentanten auf und bewegen aktiv eigene Themen.

Marieke Cholewa ist 15 Jahre alt und mittlerweile in der zweiten Amtszeit Landesjugendsprecherin. Sie kennt genau den Unterschied zwischen Schule und Jugendfeuerwehr, obwohl es bei beidem doch auch irgendwie um Ausbildung und Lernen geht. »In der Jugendfeuerwehr werden wir Jugendliche ernst genommen«, sagt die Schülerin aus Moorfleet. »Unser Wort zählt, nicht nur in der Delegiertenversammlung. Dort haben wir immerhin zwei Drittel aller Stimmen. Wenn wir uns etwas wünschen, passiert das auch.«
Seit 1992 gibt es eine »Jugendordnung«, die Satzung der Jugendfeuerwehr Hamburg, und mit dieser auch heute so selbstverständliche Dinge wie die Zwei-Drittel-Mehrheit für die Generation U18 in allen Versammlungen – von der Gruppe bis zur Delegiertenversammlung auf Landesebene.

Vom Betreuer zum Coach

Anders als die meisten anderen Jugendverbände ist die Altersgrenze in der Jugendfeuerwehr sehr starr. Mit der Vollendung des 18. Lebensjahres muss mit Jugendfeuerwehr Schluss sein. Man wechselt dann vom orange-hellblauen Kombi in den dunkelblauen Schutzanzug, in eine der Einsatzabteilungen der 86 Freiwilligen Feuerwehren. Zwischen 55 und 80 Prozent der 17- bzw. 18-Jährigen entschließen sich jedes Jahr zu diesem Schritt und bleiben Teil der Feuerwehrfamilie. Nicht wenige bleiben dabei auch »ihrer« Jugendfeuerwehr treu – als Betreuer, Ausbilder oder als Jugendfeuerwehrwart.

Die verantwortlichen und gewählten Jugendleiter (Jugendfeuerwehrwarte und ihre Stellvertreter) sind also Mitglieder aus den Einsatzabteilungen, mindestens 18 Jahre alt und brauchen mittlerweile eine zweiwöchige Ausbildung in Vollzeit. »Die Maßstäbe werden immer höher«, weiß der heutige Landesjugendfeuerwehrwart Uwe von Appen. »Jugendleiter brauchen heute mehr Basiswissen in Recht und Pädagogik; sie sind Coach und Motivator für die jungen Menschen. Dazu sollen sie das nötige Handwerkszeug bekommen.«
Aber alles so wie damals? Nein, das funktioniert heute nicht mehr. Annika Behn zum Beispiel. Sie war viele Jahre in der Jugendfeuerwehr, sogar zwei Jahre Landesjugendsprecherin. Die 24-jährige Heilpädagogin entschied sich aber gegen eine Mitgliedschaft in der Einsatzabteilung, ist heute als stellvertretende Koordinatorin im Bildungsausschuss aber weiterhin für die Jugendfeuerwehr dabei, organisiert und leitet Seminare für die Jugendlichen. Auch in den Gruppen gibt es zunehmend mehr »externe« Betreuer. Früher waren es die Ehepartner, heute sind es oft auch »ehemalige« Jugendliche, die etwas zurückgeben wollen. Nicht alle in der Feuerwehr finden das gut.

Motor des Fortschritts sein

Aber das ist nicht neu. Die Jugendfeuerwehr Hamburg hat in ihrer Geschichte immer wieder kritische Themen angefasst. Oder anders: Die Jugendfeuerwehr ist auch immer ein Motor des Fortschritts in der Feuerwehr gewesen. »Unsere Jugendlichen sind dabei essentiell wichtig«, so Gerd Langeloh weiter. »Sie bringen neue Ideen und neue Impulse in eine ansonsten auf ihre Traditionen mit Recht stolze Organisation. Sie dürfen und sollen in der Jugendfeuerwehr die Möglichkeit haben, sich auszuprobieren und mitzureden.«
Das war schon vor 40 Jahren so. Die Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe erfolgte schon weit vor der ersten Jugendordnung im Jahr 1971. Obwohl die Jugendfeuerwehr gar kein echter Verein war und ist – sondern formell ein Teil der Innenbehörde. »Man hat unsere Arbeit gesehen und gewürdigt«, berichtet Gerd Langeloh. »Da gab es eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem Jugendamt und der Führung der Jugendfeuerwehr. Das hat bei der Freiwilligen Feuerwehr nicht vielen gefallen.« So konnte die Selbstständigkeit der Jugendfeuerwehr in den 1980er Jahren in die damalige Rechtsverordnung für die Freiwilligen Feuerwehr nur über Bande aufgenommen werden. »Die Sozialbehörde fügte im Zuge der Behördenabstimmung diesen Punkt einfach hinein, in der Feuerwehr hat es keiner mehr geprüft. Das gab natürlich Ärger«, erinnert sich Langeloh mit einem Schmunzeln. »Geschadet hat es uns aber nicht, im Gegenteil.«
So wäre die Aufnahme von Mädchen und Frauen in die Feuerwehr vielleicht in so manchen Feuerwehren noch heute ein kritisches Thema. Langeloh ließ die Aufnahme des ersten Mädchens, damals in Bramfeld, einfach laufen. Der Chef der Freiwilligen Feuerwehr war damit überhaupt nicht zufrieden. Frauen in der Feuerwehr? Sogar noch 1992 heißes Thema.
Auch die Integration von Menschen aus anderen Ländern war und ist fortwährend eine Aufgabe, die gerade die Jugendfeuerwehren anpacken und meistern. Und auch für Menschen mit Handicap öffnen die Jugendfeuerwehren seit vielen Jahren ihre Tore. Bei den Erwachsenen sind diese Fragen heute noch Themen für lange Diskussionen.

Große Themen anpacken gehört zum Selbstverständnis

Schon in den ersten Dekaden ihrer Geschichte hat die Jugendfeuerwehr Hamburg große Themen angepackt. 1968 fand das erste Landeszeltlager statt, damals in Hohendeich. 1992 wurde zum 25. Geburtstag das 6. Landeszeltlager am Allermöher Deich veranstaltet. Dort, wo auch weitere 25 Jahre später im Sommer 2017 erneut ein Geburtstags-Zeltlager mit fast eintausend Teilnehmern aus aller Welt durchgeführt wurde.
»Mit der Heimat im Herzen die Welt umfassen«, schrieb einst der Finkenwerder Dichter Gorck Fock. Auch die Jugendfeuerwehr hat sich dieses Motto zu Herzen genommen und schickt seit bald zwanzig Jahren regelmäßig Jugendliche in alle Welt. Zunächst nach León in Nicaragua, später St. Petersburg in Russland und Dar es Salaam in Tansania. Vierter und jüngster Partner ist Osaka in Japan. Aber schon in den 1980er Jahren waren Hamburger beim Senegal-Projekt des Bundesverbandes dabei. »Die Jugendlichen erhalten einzigartige Einblicke«, weiß Reinhard Paulsen, Initiator der internationalen Jugendarbeit und langjähriger Fachwart für dieses Thema bei der Jugendfeuerwehr Hamburg. Heute ist der mittlerweile pensionierte Gewerbelehrer Beauftragter für Städtepartnerschaften der Freiwilligen Feuerwehr Hamburg und reist als »Senior Expert« durch die ganze Welt. »Feuerwehr ist eine große Familie,

weltweit. Sprache tritt in den Hintergrund, wenn das gemeinsame Helfen im Mittelpunkt steht. Zu erleben, wie junge Menschen mit den Erfahrungen in der Ferne wachsen und sich weiter entwickeln ist unersetzbar und motiviert die Teamer immer wieder, mit viel Mühe und Zeit diese Begegnungen organisatorisch und finanziell vorzubereiten.«

Bildungsarbeit als Grundpfeiler für die Jugendfeuerwehr

Die wohl wichtigste und älteste Säule der Jugendarbeit in der Feuerwehr ist die Bildungsarbeit. 1970 wurde das erste Fortbildungsseminar für Jugendbetreuer angeboten, mit der Förderungsfähigkeit und Zuwendungen aus dem Landesjugendplan wuchs mit den Jahrzehnten auch das Seminarangebot. Etwa seit den 1980er Jahren werden gezielt Wochenendseminare für Jugendliche angeboten. Die Bandbreite ist dabei sehr breit gefasst. Umweltschutz war ein gewichtiges Thema in den 80er Jahren, später nahmen Themen wie Mädchen- und Jungenarbeit, Sexualität & Aids oder Selbstbestimmung einen großen Platz ein. Immer wieder ging und geht es aber um Kreativität, um die Entfaltung der individuellen Stärken der jungen Menschen und die Persönlichkeitsentwicklung. »Ein Wochenende weg von zuhause«, berichtet die langjährige Fachwartin für Bildung, Lena Igla, »ist für Jugendliche enorm wichtig. Keine Playstation, dafür gemeinsames Kochen und Aufräumen, zusammen lernen und den eigenen Horizont erweitern.« Mit Feuerwehr haben die meisten Seminare nichts zu tun. Es geht um Charakterbildung, klassische Jugendverbandsarbeit.
Seit 2003 erst gibt es zur Unterstützung der überwiegend ehrenamtliche getragenen Seminar- und Bildungsarbeit auch eine hauptamtliche Stelle. Zuvor wurden Honorarmittel für die Unterstützung genutzt. Mittlerweile teilen sich zwei junge Sozialpädagoginnen eine ganze Stelle und machen weit mehr als Seminararbeit. Mit Modulen zu verschiedensten Themen gehen sie auch in die 60 Gruppen und unterstützen die ehrenamtlichen Betreuer bei ihren wöchentlichen Gruppenstunden.

Nicht die Leistung steht im Mittelpunkt, sondern die Gemeinschaft

Mit Feuerwehr verbinden viele auch immer Wettkämpfe. Der traditionelle Bundeswettbewerb zielt auf die Leistung des Einzelnen, eine Gruppe starker älterer Jungs bringt die beste Leistung. So war es früher, in den 1970er Jahren. Gerd Langeloh, der damalige Landesjugendfeuerwehrwart Ernst-Günther Rehder und der mittlerweile verstorbene Moorburger Fuhrunternehmer und Brandmeister August Ernst sahen das anders. Sie wollten einen Wettbewerb für alle, mit gleichen Chancen, unbekannten Aufgaben. Das richtige Team, das Miteinander, sollte entscheidend für den Erfolg sein. 1977 war dies bundesweit im Feuerwehrwesen ein Novum. Der »August-Ernst-Pokal« wurde geboren und seit dem jährlich ausgetragen. Auch bundesweit fand dieser innovative Wettbewerb Anklang. 1983 besucht der Bundeswettkampfleiter Hamburg und besichtigte die Austragung, 1984 wurde der bunte Wettbewerb erstmals bundesweit ausgetragen, seit dem alle zwei Jahre in der gesamten Republik.
Aber auch mit der Nachtwanderung wurde ein Zeichen gesetzt. 1994 liefen das erste Mal blauorange gekleidete Jugendliche durch das Alstertal, heute ist dieser spielerische Wettbewerb mit rund 50 teilnehmenden Gruppen und weit über 700 Teilnehmern ein unschlagbares Highlight in jedem Jugendfeuerwehr-Kalender.

Schließlich: Gutes tun muss auch erzählt werden

1992 wurde die Jugendordnung beschlossen, mit ihr wählten die Delegierten auch die erste Generation der »Jugendsprecher im Landesjugendfeuerwehrausschuss«, heute kurz »Landesjugendsprecher«. Einer dieser vier jungen Feuerwehrleute war Sven Klement. Der damals gerade 16 Jahre alte Jugendsprecher aus Eißendorf hatte auch gleich eine Idee: Eine Jugendfeuerwehr-Zeitschrift. 72 Ausgaben im Format DIN A5 sind bisher entstanden, Nr. 73 ist in Produktion. Dazu kamen diverse Sonderausgaben bei Zeltlagern, dort ist das MARTINSHORN als Lagerzeitung nicht mehr wegzudenken.
Die Macher sind heute die gleichen wir früher. Das wird sich 2018 ändern. Nach 25 Jahren ziehen sich die heimlichen Chronisten der Jugendfeuerwehr Hamburg zurück und geben ihr Werk in jüngere Hände. Ob sie es wirklich tun? So richtig mag es keiner wirklich glauben.
Die Verantwortlichen von damals und heute ziehen eine positive Bilanz. »Das Team ist einfach klasse. Die Gemeinschaft der Jugendfeuerwehr Hamburg hat nicht nur in diesem Jahr bewiesen, dass gemeinsam eine Menge für unsere Kinder und Jugendlichen bewegt werden kann«, resümiert Uwe von Appen, der gerade das Geburtstags-Zeltlager hinter sich hat und erfreut über die gute Stimmung im Verband ist. »50 Jahre sind vor allem auch zehntausende Kinder und Jugendliche, die eine unvergessliche Zeit mit viel Spaß und mit neuen Freunden erlebt haben. Darauf haben wir gerne zurückgeschaut.« Und mit der Erfahrung von fast 50 Jahren weiß einer seiner Vorgänger mit der bisher längsten Amtszeit von 24 Jahren als Chef und Stellvertreter, Gerd Langeloh: »Ich bin zuversichtlich, dass unsere Jugendfeuerwehr die Herausforderungen der kommenden 50 Jahre mit Bravour meistern wird.«

Das Buch zur Geschichte mit über 240 Seiten im Hardcover gibt es ab Anfang 2018 mit allen Highlights aus dem Geburtstagsjahr für ca. 12 Euro zu kaufen. Vorbestellungen gerne an 50@JF-Hamburg.de.

Wenn Bäume im Sommer dürsten

Die erste Jugendfeuerwehr 1967 bei ihrer offiziellen Vorstellung auf dem Hamburger Feuerwehrtag in Duvenstedt

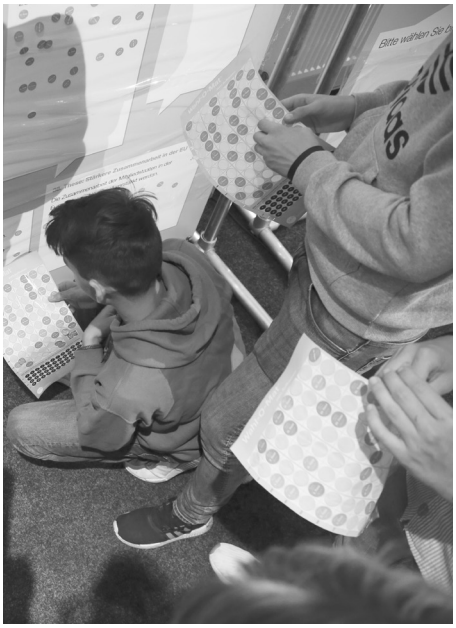
Foto © R. Paulsen, JF Hamburg

Der Wahl-O-Mat auf Tour – und was hat's gebracht?

Von Charlotte Schindler, Landesjugendring Hamburg

Drei Wochen lang war der Wahl-O-Mat zum Aufkleben (WOMZA) vor der Bundestagswahl im September quer durch Hamburg unterwegs – die bislang größte WOMZA-Tour. Das Projekt wurde vom Landesjugendring Hamburg in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung (LpB) realisiert.

Schon die Auftaktveranstaltung zur Wahl-O-Mat-Tour am 6. September war beispielhaft: Denn im Mittelpunkt der Presseveranstaltung in der Hamburger Zentralbibliothek standen nicht die eingeladenen Politiker/innen sondern eine Schulklasse. Oberstufenschüler/innen aus der Sophie-Barat-Schule nutzten den Wahl-O-Maten gemeinsam mit drei Politiker/innen – Anja Hajduk (Die Grünen), Ronja Schmager (SPD) und Fabio De Masi (Die Linke) – und Daniel Knoblich (LJR-Vorstand). Die Schüler/innen teilten sich, ausgestattet mit Klebepunktzetteln für ihre inhaltliche Positionierung, in Gruppen ein und stellten sich jeweils zu einer der vier Thesenplanen – schon ging das große Kleben los. Vor allem aber starteten sofort lebendige Diskussionen über politische Streitfragen. Schüler/innen diskutierten untereinander, stritten um Einschätzungen, stellten Fragen – und die begleitenden Politiker/innen und Teamer/innen standen Rede und Antwort. Politik einmal ganz anders – nicht Top-down sondern Bottom-up: Über die 38 Thesen des Wahl-O-Maten, damit ausgehend von Sachthemen, kamen die Beteiligten mit einander ins Gespräch und suchten im Diskurs nach ihrer Positionierung. Das ist auch etwas, was der digitale Bruder des Wahl-O-Maten nicht bieten kann: Hier bleibt der Nutzer allein an seinem PC oder Smartphone. Die Auftaktveranstaltung war insofern ein voller Erfolg, denn die Wirkungsweise des WOMZAs konnte lebendig vermittelt werden. Beispielhaft für die vielen Tourstationen des WOMZAs in Hamburg.



Alle Fotos © Annika Samesch, Landeszentrale für politische Bildung

Begleitet. Zwölf hochmotivierte Teamer/innen, vom LJR und LpB extra für die Tour ausgebildet, betreuten den WOMZA auf den knapp 30 Stationen innerhalb der drei Wochen vor der Bundestagswahl – zeitweise an bis zu vier Spielorte an einem Tag. Diese intensive Betreuung war wesentlich für die erfolgreiche Nutzung des WOMZAs. Denn bei der einen oder anderen These bedurfte es einer Erklärung des politischen Hintergrunds, was nicht nur Jugendlichen sondern auch «älteren« Nutzer/innen so erging. Zudem diskutierten die Teamer/innen mit den Gruppen im Anschluss an die Klebeaktion über Ergebnisse und daraus resultierende, weitergehende Fragen.

Jugendtour. Diese bildete in diesem Jahr wiederum den Schwerpunkt der WOMZA-Tournee durch Hamburg. So fand der WOMZA an neun Schulen (von Stadtteil- über Berufsschulen bis hin zum Gymnasium), sechs Häusern der Jugend und bei sechs Jugendverbänden in allen Hamburger Stadtteilen statt. So heterogen wie die angesprochenen Jugendlichen (hinsichtlich Bildung und sozialem Hintergrund) waren, so positiv war die Nutzung des WOMZAs: Die Jugendlichen tauschten sich immer untereinander aus, gaben sich gegenseitig Hilfestellungen und debattierten politische Streitfragen. Auch das Feedback der Lehrer/innen und Gruppenleiter/innen war überaus positiv. Viele berichteten, dass sich die Jugendlich auch nach der Veranstaltung noch intensiv mit dem Thema Wahl auseinandersetzten und weitere Informationen nachfragten.

Öffentlich. Zum ersten Mal wurde bei der Tour durch Hamburg getestet, wie der WOMZA an öffentlichen Orten und bei einem »Laufpublikum« angenommen werden würde. So stand ein Set des WOMZAs auch mehrere Tage an Orten wie dem Rathausfoyer, der Zentralbibliothek, der Rindermarkthalle und bei interkulturellen Organisationen. Dieses Angebot wurde sehr unterschiedlich genutzt. Während der WOMZA in der Zentralbibliothek oder auch bei verikom, einem interkulturellen Träger, sehr intensiv genutzt wurde, blieb der Zuspruch an anderen Orten hinter den Erwartungen zurück. Dies zeigt, dass der Wahl-O-Mat zum Aufkleben, der ein spielerisches Element hat, vor allem bei jenen gut ankommt, wo auch der LJR ihn verortet – bei jungen Menschen.
Dennoch waren sich alle Verantwortlichen der Spielorte in ihrem Feedback einig: Sie würden den Wahl-O-Mat zum Aufkleben auf jeden Fall bei einer der nächsten Wahlen wieder buchen. Die Nutzung zur Bundestagswahl war übrigens, dank der finanziellen Mittel von der Landeszentrale für politische Bildung, für alle Standorte kostenfrei möglich.

Fazit. Der Wahl-O-Mat zum Aufkleben ist organisatorisch und personell aufwendig – im Vergleich zum smarten Online-Tool also »echt old-school«. Doch er vermittelt etwas politisch Elementares: Denn Politik basiert auf Debatte und Streit der Bürger/innen um inhaltliche Positionen. Und diesen öffentlichen Diskursraum eröffnet der WOMZA für seine Nutzer. Und da er von Thesen zu Sachthemen ausgeht, ist er, zumal durch die begleitende Betreuung durch Teamer/innen, ein Gegenmittel zu populistischen Haltungen, die auf Meinungsmache statt rationalem Diskurs setzen.

Blick auf die Ferienanlage der Hamburger Sportjugend an der Ostsee

Mit sportlichen Grüßen. Ferien am »U« der Ostsee

Serie WirkungsStätten: Zu Besuch in der Ferienanlage der Hamburger Sportjugend

Von Oliver Trier, Hamburg

jwd – janz weit draußen, nämlich im Norden Schleswig-Holsteins betreibt die Hamburger Sportjugend eine Ferienanlage. Idyllisch an der Ostsee gelegen, lädt die Anlage dazu ein, den Alltagsstress zu vergessen, Sport zu treiben oder am Handyempfang zu verzweifeln.

»Moin, moin und herzlich willkommen!« Im feinsten norddeutschen Singsang pflegt Hausleiter Peter Kühlcke seine Gäste zu begrüßen. Auf die nächsten Gäste müssen er und seine 14 Mitarbeiter/innen sich allerdings noch ein wenig gedulden. Denn die Ferienanlage Schönhagen der Hamburger Sportjugend stellt von Oktober bis März auf den Winterbetrieb um. Die eine oder andere Gästegruppe wird auch in der Zwischenzeit kommen. Doch die Witterungsbedingungen zwischen Kappeln und Eckernförde steigern weder im Herbst noch im Winter die Lust auf Sport und Spiel im Freien. So kann sich die eigentliche Zielgruppe der Anlage, die Kinder und Jugendlichen aus Hamburger Sportvereinen, stattdessen voll auf ihre Saison konzentrieren, bis Schönhagen im Frühjahr wieder den Sommer ausruft. Ein Jammer, denn die Anlage der Sportjugend hat viel zu bieten: ein 3,5 Hektar großes Gelände

Serie: WirkungsStätten

Die Jugendverbände in Hamburg stellen vielfältige Freizeit- und Bildungsprogramme auf die Beine: von wöchentlichen Gruppenstunden und Seminaren bis hin zu wochenlangen Ferienfreizeiten. punktum porträtiert in dieser Serie Jugendverbände, ihre WirkungsStätten und schaut über den Tellerrand auf andere Formen der Jugendarbeit. Alle bisherigen Reportagen finden sich online unter: www.ljr-hh.de/wirkungsstaetten

Alle Fotos © Hamburger Sportjugend

mit vielen Spiel- und Sportmöglichkeiten, 270 Betten und nur fünf Minuten Fußweg zum weißen Ostseestrand.

»**Sport und Erholung** stehen für uns an erster Stelle«, erklärt Daniel Knoblich, Geschäftsführer der Hamburger Sportjugend, während er mit seinem Hausleiter zu den Sportplätzen im Gelände führt. Das große Rasenfeld mit verschiedenen Toren ermöglicht u.a. Fußball, Handball, Hockey oder American Football. Auf dem offiziellen DFB-Mini-Feld ist Fußball Programm, während sich der Beachvolleyballplatz auch problemlos für Strandfußball oder Beachhandball eignet. Im Schatten der angrenzenden Bäume jagt man an den Streetballkörben nach Punkten.

»Fußball ist mit weitem Abstand die meistgefragte Sportart in Schönhagen«, bestätigt Andrea Steube eine schnell aufkommende Vermutung. Von Hamburg aus kümmert sie sich um die Belegung und die Öffentlichkeitsarbeit der Anlage. »Wir wollen uns stärker für weitere Sportarten öffnen: Budo und Tanzen beispielsweise. Unsere Kleinfeldhalle und der Gymnastikraum mit Spiegelwand sind dafür wie geschaffen.« Neben den Hamburger Sportvereinen kommen auch andere Gruppen nach Schönhagen. »Für Schulklassen und Kitas ist die Anlage natürlich wie gemalt«, freut sich Hausleiter Kühlcke und verweist auf die weiteren Möglichkeiten vor Ort: Feuerstelle, Grillplatz, Spielplatz mit Klettergerüst, Außenschachfeld und Tischtennistische. »Die kleineren Gäste klettern am liebsten in unseren Kiefern mitten auf dem Gelände.« Ein Privileg, auf das die jüngeren Gäste in früheren Jahren verzichten mussten. Anfassen und Klettern auf den Bäumen war unter Kühlckes Vorgängern streng verboten.

60 Jahre wird die Ferienanlage im kommenden Jahr »alt«. Doch im Laufe der Zeit haben sich nicht nur die Regeln geändert. 1958 kaufte der Hamburger Sportbund das Gelände, um Kindern und Jugendlichen aus Hamburg Ferien an der Ostsee zu ermöglichen. In den ersten Jahren wurde noch klassisch gezeltet. In den 60er Jahren ersetzte ein Halbkreis aus Holzhütten die Zelte. Ende der 70er Jahre wurden feste Steinhäuser gebaut und das sogenannte »U« entstand: Die zehn Bungalows wurden nach und nach miteinander verbunden, so dass sich der Halbkreis von oben betrachtet zu einem Hufeisen oder schlicht einem »U« entwickelte. Dieses »U« ist das Herz der Anlage und beherbergt Unterkünfte, Sanitäranlagen und zwei der vielen Gruppenräume für die Gäste. Jeder Bungalow hält ein Sechs-Bett-, zwei Acht-Bett-Zimmer und ein Zimmer für die Betreuenden bereit.

Neben den Unterkünften verfügt Schönhagen über zehn Tagesräume. »Es ist uns wichtig, dass jeder Gruppe ein Gruppenraum zur Verfügung steht, in dem man sich unabhängig von anderen Treffpunkten und Räumen wettergeschützt treffen kann«, erklärt Daniel Knoblich die große Zahl. »Gleichzeitig sind die Tagesräume besonders attraktiv für unsere dritte Besuchergruppe: die ›Sonstigen‹«, ergänzt Andrea Steube. Denn neben Sportvereinen, Schulklassen und Kitas beleben inzwischen auch andere Gruppen die Anlage – Konfirmandengruppen und Pfadfinder beispielsweise. »So kommen wir im Durchschnitt auf 30.000 Übernachtungen im Jahr«, unterstreicht Knoblich. Angesichts dieser Übernachtungszahlen kommt es der Sportjugend vor allem auf ein gutes Miteinander im Alltag der Ferienanlage an. Zehn Gruppen können gleichzeitig vor Ort sein und im Idealfall tauschen sie sich nicht nur über die praktische Frage aus, wann die Kleinfeldsporthalle von wem benutzt wird. Deswegen bemühen sich Hausleiter Kühlcke und sein Team, die unterschiedlichen Gästegruppen zwanglos zusammenzubringen. Am naheliegendsten ist es, die unterschiedlichen Gruppen je nach Alter und Sportart gegeneinander spielen zu lassen. Dafür erhalten die Gäste schon vor der Anreise eine Liste über jene Gruppen, die zum gleichen Zeitraum in Schönhagen unterkommen. Bietet sich mal kein anderes Team an, werden einfach Spiele gegen örtliche Fußballvereine arrangiert.

Lieblingsorte. Im Gros sind die meisten Gäste von Schönhagen zwischen 4 und 16 Jahren. Bei den jüngeren Gästen der Ferienanlage überwiegt neben den Sportmöglichkeiten vor allem die Freude über die Kieferkletterbäume und den Spielplatz. Für ältere Gruppen liegt der Fokus oft stärker auf Fortbildungen und Seminaren. Wer dann in den Pausen nicht die Sportfelder zur Zerstreuung nutzt, entspannt am liebsten in einem der vielen rotweißen Strandkörbe: Eine für die Ostsee typische Möglichkeit, Sonne auch dann zu genießen, wenn das norddeutsche Klima nur bedingt zum Sonnenbad ermuntert. »Bei den Älteren genauso beliebt ist unsere Streuobstwiese«, verrät Peter Kühlcke und bückt sich nach einem Apfel. »Auf den Bänken lässt sich hier die Abendsonne am

Die **Hamburger Sportjugend** ist die eigenständige Kinder- und Jugendorganisation des Hamburger Sportbundes e.V. (HSB). Als Dachverband der Jugendabteilungen in den Sportvereinen Hamburgs vertritt die Sportjugend die Interessen von über 173.000 jungen Menschen und ist damit der größte Jugendverband in Hamburg.

Zu Ihren Handlungsfeldern gehören

- die Aus-, Fort- und Weiterbildung in der sportlichen Jugendarbeit,
- die Förderung von Vereinen und Verbänden,
- die pädagogische Begleitung der Freiwilligendienste im Sport (FSJ & BFD),
- die Beratung und Betreuung von Sportvereinen bei Kooperationen mit Schulen,
- die Beratung und Qualifizierung zum Thema Prävention sexualisierter Gewalt im Sport (PSG),
- sowie die Förderung des jungen Engagements im Sport
- und natürlich der Betrieb der Ferienanlage Schönhagen.

Hamburger Sportjugend | Schäferkampsallee 1 | 20357 Hamburg | T. (040) 419 08- 123 | www.hamburger-sportjugend.de | service@hamburger-sportjugend.de
Ferienanlage Schönhagen | Strandstraße 1 | 24398 Brodersby | T. (040) 419 08- 216 | www.hamburger-sportjugend.de/ferienanlage-schoenhagen | ferienanlage@hamburger-sportjugend.de

besten genießen. In der richtigen Jahreszeit auch mit selbstgepflückten Obst.« Nicht unbedingt der beliebteste, aber der wichtigste Ort dürfte in den Augen von Jung und Alt allerdings eine andere Bank auf dem Gelände sein. »Hier drängt sich alles, denn nur hier gibt es Handyempfang – wenn man das richtige Netz hat.« Im Sommer dagegen sticht der Strand alles andere aus. »Da will natürlich jeder hin«, schmunzelt Geschäftsführer Knoblich. Praktischerweise führen gleich zwei Straßen von Schönhagen, einem Ortsteil der 360-Einwohner-Gemeinde Brodersby, zum Strand. Das Ziel ist kaum zu verfehlen.

jwd. »An der Lage des Hauses scheiden sich die Geister«, meint Andrea Steube und betont lieber die 160 Kilometer Entfernung als die potentiellen zweieinhalb Stunden, die man für die Anreise von Hamburg aus planen sollte. »Die meisten Gruppen entscheiden sich für eine Anreise mit dem Bus. Viele kommen aber auch mit der Bahn und lassen sich am Bahnhof von einem Bus abholen.« Wen die Entfernung nicht abschrecke, dem habe nicht nur die Anlage auf der Halbinsel Schwansen sondern auch die Umgebung vieles zu bieten. Schließlich liegt das Ostseebad Schönhagen mitten in einer Urlaubsregion und hält das damit verbundene Angebot für Urlauber bereit. Bei der Strandentdeckungsreise erleben Stadtkinder in Eigenregie und mit Keschern bewaffnet das jüngste Meer der Erde auf ganz neue Art und Weise. Möglich sind auch Radtouren mit der ganzen Gruppe, paddeln und Floß bauen auf der Schlei oder ein Besuch im Hochseilgarten. Wie auch immer man den eigenen Aufenthalt in Schönhagen gestalte, kaum jemand könne sich dagegen wehren, zur Ruhe zu kommen, versichert das Team der Sportjugend. Von ganz allein scheine die idyllische Lage für einen eigenen, entschleunigten Rhythmus zu sorgen. Am deutlichsten zeige sich dieser Rhythmus den Hamburger Kollegen der Sportjugend, wenn sie einmal mehr mit Fragen in Schönhagen anrufen und auf schnelle Antworten hoffen. »Da prallen dann ab und zu Welten aufeinander«, stimmt Peter Kühlcke verschmitzt seinen beiden Hamburger Kollegen zu. Die ländliche Umgebung und der überschaubare Ort erlauben es auch, den Kindern und Jugendlichen mehr Freiräume zu lassen, als es in einer urbaneren Umgebung der Fall ist. Für den einen oder die andere könne diese Freiheit aber auch zur Herausforderung werden, weiß Andrea Steube zu berichten: »Viele stehen erstmal da und können kaum aus ihrem Großstadttakt aussteigen und murren: ›Ich soll jetzt mal nur auf's Meer schauen? Wie geht das denn jetzt?‹« Doch das seien in der Regel nur Anlaufschwierigkeiten.

Der eigene Anspruch. Für Gäste ist die Entspannung sicherlich ein Segen. Doch wenn 270 Personen zu versorgen sind, erscheint eine entspannte Herangehensweise vielleicht nicht jedem als optimale Voraussetzung. Doch gerade die Gelassenheit kann das Geheimnis von Schönhagen sein. »Alle Gäste sollen das Gefühl haben, dass wir sie sehen, ihre Anliegen wichtig nehmen, jederzeit ansprechbar sind und uns freuen, ihnen einen schönen Aufenthalt zu gestalten«, meint Peter Kühlcke. Da müsse man sich auch mal Zeit nehmen, fügt er hinzu. So sei im großen Speisesaal Platz für 160 Personen, weswegen das Mittagsessen in zwei Schichten gegessen werde. Aber selbst bei voller Belegung nähmen in keiner Schicht mehr als 135 Gäste teil, um so für mehr Raum und Ruhe im modernen Speisesaal zu sorgen.

Träume für die Zukunft. An einer Ferienanlage wie Schönhagen bleibt immer was zu tun. Einen Wunsch hofft sich die Sportjugend aber bis Ostern kommenden Jahres zu erfüllen: WLAN. Ohne Glasfaserkabel war es bislang nur bedingt möglich, die Anlage mit Internet zu versorgen. »Wir planen für nächstes Frühjahr eine weitreichende Abdeckung der Anlage mit WLAN, um vor allem in den Gruppen- bzw. Seminarräumen einen schnellen Internetzugang zu ermöglichen«, erzählt Knoblich. Deutlich weiter in der Zukunft liegt dagegen die Planung für den Bau einer Dreifeldhalle: Trockenen Fußes vom »U« in eine Halle zu gehen, dies beschreibt der Geschäftsführer als »fernen Wunsch und große Vision«. Wichtiger sei es, dafür zu sorgen, dass Schönhagen auch langfristig die Ansprüche und Bedürfnisse der Gäste erfüllt. Die eher ruhigen Tage zum Jahreswechsel erlauben es praktischerweise, entspannt zu überlegen, welche Maßnahmen als nächstes dran sind.

Nachrichten …

Ja zur bundesweiten Weiterentwicklung der Juleica
Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendrings votiert einstimmig für eine umfassende Reform der Jugendleiter/innen-Card

Seit 1999 gibt es bundesweit die Juleica. Jedes Jahr beantragen bundesweit über 30.000 mehrheitlich junge Menschen diese bunte Karte, die für Ausbildung und Qualität in der Jugendverbandsarbeit steht. Eine Erfolgsgeschichte. 2009 wurde zudem die Online-Beantragung der Karte eingeführt. Doch seitdem gab es keine wesentliche Weiterentwicklung – sowohl inhaltlich als auch technisch.

Die Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendrings hat im Oktober 2017 nun die Weichen für eine umfassende Weiterentwicklung gestellt. Wir zitieren aus dem einstimmigen Beschluss im Wortlaut:

»Weiterentwicklung in 3 Dimensionen
Mit dem Projekt ›Weiterentwicklung Juleica‹ haben die Bundesverbände, die Landesjugendringe und die Jugendministerien der Länder gemeinsam Verantwortung gezeigt und 2009 auch die Rahmenbedingungen durch Maßnahmen zu Verbesserung von Qualität, Transparenz und Bekanntheitsgrad weiterentwickelt. Dazu gehörten die Vereinbarung aktueller bundesweiter Mindeststandards für die Ausbildung, ein sicheres, schnelleres und transparentes (Online-) Antragsverfahren für die Beantragung und nicht zuletzt die Einrichtung landeszentraler Ansprechstellen für die Juleica, entweder bei den Jugendministerien, den Landesjugendämtern oder im Sinne der partnerschaftlichen Zusammenarbeit bei den Landesjugendringen in allen 16 Bundesländern.
Seitdem ist die Zeit nicht stehen geblieben: Als Teil der Jugendarbeit ist eine stetige Weiterentwicklung der Juleica unerlässlich und gelebte Praxis. Alle Träger haben in den zurückliegenden Jahren ihre Juleica-Ausbildungen weiterentwickelt und an aktuelle Bedarfe, die sich wandelnden Lebenslagen junger Menschen und veränderte gesellschaftliche Anforderungen angepasst. In vielen Bundesländern gibt es regelmäßig trägerübergreifende Fachtage, Publikationen für Jugendleiter/innen und deren Ausbilder/innen und weitere Instrumente zur Qualitätsentwicklung. Die Bundesländer nehmen ihre entsprechende Verantwortung wahr und fördern und unterstützen diese Prozesse.
Auch auf Bundesebene ist dieser Bedarf vorhanden. Eine bundesweite Diskussion über die fachlichen Standards der Juleica-Ausbildung und ein trägerübergreifender Austausch wurden spätestens mit einem Juleica-Fachtag des DBJR am 20. Juni 2017 begonnen. Er hat gezeigt, wie wichtig ein bundesweiter Austausch ist, um die Qualität der Juleica als einzigartige, bundesweit anerkannte Qualifikation für Ehrenamtliche zu sichern, und welche Weiterentwicklungsbedarfe der bundeseinheitlichen Elemente es gibt.
Fast 20 Jahre nach Einführung der Juleica und 10 Jahre nach Einführung des Online-Verfahrens bedarf es eines neuen Schrittes, um durch Weiterentwicklung der bundesweiten Rahmenbedingungen den Stellenwert der Juleica zu sichern und weiter zu befördern. Folgende Schritte sind hierfür notwendig:

Bundesweite Qualitätsstandards überprüfen und aktualisieren
Der Kern der bundesweiten Qualitätsstandards als Vereinbarung der 16 Obersten Landesjugendbehörden war ein entscheidender Schritt in der Qualitätssicherung. Nun, fast zehn Jahre später, bedarf er einer Anpassung an die gemachten Erfahrungen, die vorhandene Praxis und veränderte gesellschaftliche Anforderungen. Dazu sind die entsprechende Offenheit aller Beteiligten und die Ressourcen für die Organisation und Moderation des Prozesses notwendig.

Antragsverfahren weiterentwickeln
Das Antragsverfahren ist technisch auf dem Stand von 2009 – in der Informationsgesellschaft ist das eine halbe Ewigkeit. Gerade für die junge Zielgruppe, die die Juleica beantragt, ist es wichtig, dass die Beantragung der Juleica technisch einfach ist, attraktiv und dass sie dem aktuellen Stand der Technik entspricht. Das aktuelle Online-Verfahren erfüllt diese Anforderungen nicht. Die Erneuerung der Software im notwendigen Umfang ist aus den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht realisierbar.

Beratung von Antragstellenden und Trägern sicherstellen
Eine ausreichende Beratung von Antragstellenden und Trägern und die Ermöglichung des fachlichen Austausches machen nicht an Bundesländergrenzen halt. Die Praxis der letzten fast zehn Jahre hat gezeigt, dass der Bedarf an Beratung zu technischen und inhaltlichen Fragen sich auf Landesebene alleine nicht befriedigen lässt. Eine entsprechende Beratung auch auf Bundeseben muss – analog zur Praxis in den Bundesländern – für die Zukunft sichergestellt werden.

Zukunft der Juleica sicherstellen – Forderungen:
Für die Jugendverbände und -ringe muss die Juleica als Teil der Qualitätssicherung von Jugendarbeit und der Förderung ehrenamtlichen Engagements Teil der Jugendpolitik des Bundes sein. Um die Juleica zu ihrem 20-jährigen Jubiläum 2019 zukunftssicher und weiterhin erfolgreich zu machen, fordert die 90. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendrings daher

- das Bundesjugendministerium auf, sich zu seiner Verantwortung für die Juleica zu bekennen. Eine dauerhafte Absicherung der Juleica-Koordinierungsstelle, angesiedelt beim Deutschen Bundesjugendring, ist sicherzustellen.
- das Bundesjugendministerium auf, eine technische Neuaufstellung des Antragsverfahrens zu ermöglichen, um dieses wieder zeitgemäß, einfach und attraktiv zu machen, indem es dafür 2018 zusätzliche finanzielle Mittel bereitstellt.
- die Bundesländer auf, sich an der Weiterentwicklung des Online-Antragsverfahrens ebenfalls zu beteiligen und in einen gemeinsamen Diskurs über die gegenseitige Anpassung der Antragswege einzutreten.

Der Vorstand des Bundesjugendrings wird gebeten, ein Konzept zu entwickeln, wie eine Beteiligung der Bundesverbände, der Landesjugendringe und der Bundesländer sowie ggf. weiterer Partner an der inhaltlichen und an der technischen Weiterentwicklung erfolgen kann. Zudem sollte geprüft werden, welche inhaltlichen Verbindungslinien und Schnittstellen es zu europäischen und internationalen Qualifizierungs-Instrumenten in der Jugendarbeit (bsp. Youthpass, Bafa-Juleica) gibt und wie man diese ggf. bei der Juleica-Ausbildung berücksichtigen kann.«

Quelle: www.dbjr.de/fileadmin/user_upload/pdf-dateien/vv2017/DBJR-Beschluss-juleica.pdf

juleica
jugendleiter | in card

Hol' Dir die Juleica!
Ausbildung zum/r Jugendleiter/in

Kurse 2018

Zu den Seminaren: Der Landesjugendring Hamburg bietet thematisch verbandsübergreifende Ausbildungskurse für Jugendleiter/innen (JL-Kurse) an. Teilnehmen können alle, die mindestens 16 Jahre alt sind und deren Jugendverbände kein eigenes Ausbildungsangebot haben oder die über bezirkliche Träger angemeldet werden.

Wozu eine Jugendleiterausbildung? Jugendleiter/innen sind ehrenamtlich in der Gruppenarbeit ihres Verbandes tätig. In den JL-Kursen wird dazu wichtiges Grundlagenwissen vermittelt. Zudem erhalten die Teilnehmer/innen Anregungen für die eigene Arbeit. Die Jugendleitercard (Juleica) ist eine wichtige Legitimation – so z.B. gegenüber Erziehungsberechtigten. Sie ermöglicht zudem die kostenlose Medienausleihe in den Hamburger Öffentlichen Bücherhallen, den Erwerb günstiger HVV-Fahrscheine, die Beantragung von Sonderurlaub für Gruppenaktivitäten und vieles mehr.

Themen der Kurse: In Kleingruppen wird – durch praktische Elemente, theoretische Exkurse, Spiel und Spaß – Grundlagenwissen aus folgenden Bereichen vermittelt:

- Rolle und Aufgabe eines/r Jugendgruppenleiter/in
- Gruppenpädagogik und Gruppenregeln
- Rechtsgrundlagen
- Jugendpolitische Partizipationsmöglichkeiten
- Öffentlichkeitsarbeit
- Motivation
- Projektplanung
- Spiele
- Prävention sexualisierter Gewalt
- Förderungsmöglichkeiten der Jugendarbeit
- aktuelle jugendpolitische Themen

Ein LJR-Kurs geht über zwei Wochenenden. Beginn ist freitags um 18 Uhr, Ende sonntags gegen 15 Uhr. Die durchgehende Teilnahme an beiden Wochenenden (inklusive Übernachtung im Tagungshaus!) ist Voraussetzung für den Erhalt der Teilnahmebestätigung und damit der Jugendleiter/innencard (Juleica). Pro Kurs können 15 Personen teilnehmen.

Termine Kurs 1: 13. bis 15. und 27. bis 29. April 2018
Ort: Haus Rothfos | Wiesengrund 20 | 23795 Mözen
Teilnahmekosten: Hamburger Jugendverbandler/innen: 50 €
Andere Personen aus der Hamburger Jugendhilfe: 198 €
Alle anderen: 248 €

Termine Kurs 2: 9. bis 11. und 23. bis 25. November 2018
Ort: Niels-Stensen-Haus, Billeweg 32, 21465 Wentorf bei Hamburg
Teilnahmekosten: Hamburger Jugendverbandler/innen: 51 € (bis 27 J.) o. 69 € (über 27 J.)
Andere Personen aus der Hamburger Jugendhilfe: 203 € (bis 27 J.) o. 276 € (über 27 J.)
Alle anderen: 253 € (bis 27 J.) o. 345 € (über 27 J.)

Veranstalter: Landesjugendring Hamburg
(040) 317 96 116 | juleica@ljr-hh.de